



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

108. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 2026

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
99084 Erfurt, Johannesstraße 156
Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)



Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

Zum Geburtstag unserer Republik



Unsere Republik, die Deutsche Demokratische Republik, hätte in diesem Jahr ihren 77. Geburtstag feiern können, so ist es nur der 37. Gedenktag, daß es sie einmal gab.

Wir sollten den 7. Oktober aber nutzen, damit unsere Republik nicht in Vergessenheit gerät. Auch wenn die ältere Generation zum Teil, vielleicht ungewollt, mit Schuld daran war. Auch wenn nicht immer alles glatt lief, es war der Versuch, daß von unseren deutschen klugen Philosophen Karl Marx und Friedrich Engels wissenschaftlich Angedachte, von Lenin und Stalin in Rußland, danach der Sowjetunion auf den Gedanken aller vier Verwirklichte, nämlich die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung und Krieg. Wir hatten allen Anlaß, nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges, von unseren negativen Vorfahren verursacht und unendliches Leid hinterlassen hat, diese Befreiung von Elend und Krieg zu vollbringen.

Wir wissen heute, daß wir irgendwann unsere Völker nicht mehr richtig

mitgenommen haben, was dem Gegner Gelegenheit gab, ideologisch, aber auch materiell einzuwirken, um alles rückgängig zu machen und uns wieder auf den Weg des Kapitalismus zurückzuholen.

Wir haben am 13. August 1961 die Mauer gebaut, damit war der Frieden in Europa gesichert. Wir haben 1989 die Maueröffnung und danach ihren Abriß zugelassen. Seit diesem Moment haben wir wieder Krieg, nicht immer, nicht ständig, aber der Krieg ist da und kommt immer näher. Auch gaben wir damit Deutschland den Weg frei, wieder als Erste einen Krieg zu beginnen – die Bombardierung Jugoslawiens zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Was hat der Gegner unserem Volke bieten können, um unsere innere Einheit zu zerstören? Natürlich war es das liebe Geld, gebrauchte Autos und Reisemöglichkeiten in die Südsee und nach Mallorca... Wir wissen, warum die DDR diese Großzügigkeit nicht bieten konnte, aber wir konnten ein gutes Sechstel unseres Planeten preiswert bereisen.

Wir gingen in die Apotheke, grüßten, legten unser Rezept auf den Ladentisch, nahmen unser Verschriebenes entgegen, grüßten und gingen. Wie ist das heute? Wir wußten, daß unser Brötchen immer noch 5 Pfennige kostete usw. Wir waren sozial gesichert, gut ausgebildet (übrigens auch auf Kosten der Gesellschaft). Kommen wir nun zur Demokratie, die wohl in der BRD besser war und heute noch sei. Demokratie kommt aus dem Griechischen und heißt wohl Volksmacht. Und nun erläutert mal jeder für sich, ob wir heute Volksherrschaft haben. Ich will gar nicht auf die der AfD in Sachsen-Anhalt eingehen. Die knappe Hälfte der Wähler haben sie als Volk des Bundeslandes gewählt. Muß ich weiter schreiben? Vielleicht doch. Natürlich ist das keine gesellschaftliche Alternative, aber Frieden und Zusammenarbeit mit Rußland wäre für die Gesundung unserer politischen Atmosphäre und die Wirtschaft, also auch für unser Wohlergehen von Vorteil.

AUS DEM INHALT

SEITE 2:

- Gemeinsam aus der Spaltung herauskommen – Vernetzungs- und Aktionskonferenz in Erfurt

SEITE 3:

- Kürzungen? Nicht mit uns!
- Bericht vom Riesengebirgstreffen in Malá Úpa

SEITE 4:

- Das Feindbild steht fest – jetzt wird für den Krieg gerüstet

SEITE 5 - JUNGKOMMUNIST:

- Sprache und DENKEN!
- Ey Atze – Übersicht mit KI
- Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: Die bezirksgeleiteten Kombinate des Bezirkes Halle

SEITE 6:

- Die rote Bücherecke: Gerhard Feldbauer: Streiflichter vom Zickzack der Geschichte
- Im Osten Deutschlands steht der Gewinner der Landtagswahlen fest: das Kapital

In der DDR hatten wir Volksvertreter aus unseren Betrieben, Universitäten, Wohngebieten usw. Wir kannten sie nicht nur namentlich, in der Regel sogar persönlich. Sie genossen unser Vertrauen. Und heute? Parteien haben ihre Liste, die steht dann auf dem Wahlzettel und wir „wählen“ ganz demokratisch? Soll ich jetzt unsere Gewählten auflisten und schreiben, was sie für ihre Wähler tun? Wir müssen aufrüsten, Sozialleistungen kürzen... Auch wenn wir nur eine Wahl-liste, die der Nationalen Front, hatten, war sie viel demokratischer als die Wahl-listen, die wir heute haben.

Ergibt sich die Frage: Was hat unser Volk bewegt, am 18. März 1990 CDU zu wählen und damit „demokratisch“, also friedlich den Weg frei zu machen, unsere Republik aufzugeben, aber nicht nur das, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zurück ins Privateigentum an Produktions-mitteln zu führen. Ich glaube, die Mehrheit hat das überhaupt nicht verstanden. Es ist einfach zu sagen, daß der Klassegegner mit seiner Westmark einfach überzeugender war als unsere Parteien und gesellschaftlichen Organisationen...

Es klang gut, als im Dezember 1989 in Dresden an der Frauenkirche Hans Modrow und Kanzler Kohl sprachen „wir sind ein Volk“ und danach konnte sich jeder DDR-Bürger im Westen 100 DM abholen, sozusagen als Eintrittsgeschenk in die BRD. Ca. 10 Millionen DDR-Bürger sind folgsam zur Abholung erschienen und haben als Dank am 18. März 1990 CDU gewählt.

An dieser Stelle sollte man aber hinterfragen, was wir getan haben, um das zu verhindern. Es würde hier zu weit führen, das zu erörtern.

Wir haben den Frieden verloren – das ist wohl die wichtigste Erkenntnis. Wir hatten am 13. August 1961 mit dem Mauerbau den Frieden gerettet. Seit der Maueröffnung 1989 haben wir dem deutschen Militarismus den Weg zum Krieg wieder geöffnet. Seit dieser Zeit haben wir noch keinen Weg zum Frieden gefunden. Um wieder handlungsfähig zu werden, werde ich meine Gedanken mit einem Satz aus den Leitlinien des RotFuchs-Fördervereins aus den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts:

„In dieser veränderten Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts erfordert deshalb das Bekenntnis zum Marxismus, sich so auf die Höhe von Marx und Lenin zu begeben, wie sich Lenin seinerzeit auf die Höhe von Marx erhob. Von diesem Ziel sind wir noch eine beträchtliche Strecke entfernt.“

Wolfgang Schumann



4 197069 103202



+++ BERICHTE +++

Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

Am 20. September 2026 wurde in MV ein neuer Landtag gewählt. Aus einem Beobachterstatus heraus haben wir, die Mitglieder und Sympathisanten der KPD, den Wahlkampf wahrgenommen und das Ergebnis registriert. Für uns als KPD galten zwei Aufgaben, zum einen die Teilnahme an der Wahl, um den Parteienstatus zu erhalten und zum anderen in der Öffentlichkeit wirksam werden, um den Menschen zu zeigen: Wir sind noch da, und es gibt eine Alternative zu Sozialabbau und Aufrüstung!



Beide Ziele haben wir erreicht. Wir standen auf dem Wahlzettel und bedanken uns bei den 818 Menschen, die uns ihre Stimme gegeben haben. Wir versprechen, daß wir nicht nachlassen werden im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit.

Ein großes Dankeschön von dieser Stelle auch noch einmal an die zahlreichen Wahlkampfhelfer. Ohne euch wären wir nicht so sichtbar geworden: ob bei der Plakatierung, Hilfe am Infostand oder beim Verteilen unserer Wahlkampfzeitung und Flugblätter.



Sehr gut waren für uns auch die vielen guten Gespräche mit den Menschen in MV an unseren Infoständen, die ein völlig gegenteiliges Bild der Meinung der Bevölkerung zu den aktuellen Problemen in der Welt wiedergaben, als die, die die kapitalistischen Medien versuchen in die Köpfe der Menschen einzutrichtern. Das macht uns Hoffnung und läßt uns wetermachen.

C.M
LO Wasserkante

Gemeinsam aus der Spaltung herauskommen
Vernetzungs- und Aktionskonferenz vom 13. bis 15. November in Erfurt

Die kommunistische Bewegung in der Bundesrepublik ist zersplittert. Es gibt verschiedene Parteien, Organisationen, Gruppen und Initiativen, daneben viele Kommunisten und Sympathisanten, die keiner Organisation angehören. Vieles wird parallel gemacht, Erfahrungen werden zu selten ausgetauscht, Kräfte bleiben ungenutzt. Gleichzeitig verschärft sich die gesellschaftliche Lage.

Die BRD wird immer stärker zum Zentrum der NATO-Kriegsvorbereitungen. Milliarden fließen in die Aufrüstung, die Bundeswehr soll wachsen, neue Rüstungsstandorte entstehen und die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird vorbereitet. Während die Profite der Rüstungsindustrie bereits sprudeln, werden soziale Leistungen gekürzt und die Lebensbedingungen vieler Menschen verschlechtert.

Gerade in dieser Situation können wir uns die weitere Zersplitterung nicht leisten.

Vom 13. bis 15. November 2026 findet deshalb in Erfurt eine bundesweite Vernetzungs- und Aktionskonferenz statt. Sie soll ein Ort des Kennenlernens, des offenen Austauschs und der gemeinsamen Beratung sein – im Charakter eher ein Rat-schlag als ein klassischer Kongreß.

Eingeladen sind Kommunisten aus unterschiedlichen Organisationen und politischen Zusammenhängen ebenso wie parteilose Kommunisten, Sympathisanten und Interessierte. Es geht nicht darum, bestehende Unterschiede einfach für beendet zu erklären. Es geht darum, miteinander ins Gespräch zu kommen, voneinander zu lernen und herauszufinden, wo gemeinsame Arbeit möglich und notwendig ist.

Am Freitagabend gibt es nach zwei kurzen politischen Inputs Gelegenheit zum Kennenlernen und Austausch. Der Sonnabend steht ganz im Zeichen der gemeinsamen Arbeit. In Arbeitsgruppen soll nicht einer nach dem anderen referieren. Stattdessen werden konkrete Fragen diskutiert: Wo steht die kommunistische Bewegung heute? Wie beurteilen wir die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD? Wie können wir der Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung wirksamer als bisher entgegenzutreten? Was tun gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Ausweitung der Rüstungsproduktion? Und vor allem: Wie können wir uns besser organisieren und gemeinsam handlungsfähig werden?

Die Konferenz soll nicht bei allgemeinen Diskussionen stehen bleiben. Wenn sich



**ZUSAMMEN
DISKUTIEREN.
VERNETZEN.
HANDELN.**

VERNETZUNGS- UND AKTIONSKONFERENZ

**GEMEINSAM AUS DER SPALTUNG HERAUS.
FÜR EINE STARKE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG.**

**13.-15.
NOVEMBER
2026**

**BEGINN
FR. 18:30 UHR – SO. 13 UHR**

**TAGUNGORT
JOHANNESSTRASSE 156
ERFURT**

**BRING DICH EIN.
SETZ EIN ZEICHEN.**

JETZT ANMELDEN & INFOS: WWW.AKTIONSKONFERENZ.DE

gemeinsame Vorhaben ergeben, sollen daraus konkrete nächste Schritte entstehen. Denn Einheit entsteht nicht dadurch, daß Unterschiede verschwiegen werden. Sie entsteht durch gemeinsame Diskussion, gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Praxis. Die Einheit der Kommunisten muß der Einheit der Klasse vorausgehen. Dafür braucht es Begegnungen, in denen wir beginnen, die vorhandene Zersplitterung praktisch zu überwinden.

Am Sonnabend gibt es außerdem ein Kulturprogramm mit einer Lesung und einem Gespräch zu Peter Hacks und den Dissidenten.

Wer etwas verändern will, sollte nicht darauf warten, daß andere den ersten Schritt machen. Kommt nach Erfurt, bringt eure Erfahrungen, eure Fragen, Vorschläge und eure Ideen mit und beteiligt euch an der Diskussion darüber, was heute gemeinsam getan werden kann.

13.–15. November 2026 · Erfurt
Anmeldung und weitere Informationen:
www.aktionskonferenz.de

Ein unerschütterliches Bündnis im Kampfe für Sozialismus und Frieden

Grußbotschaft der KPD und des Deutsch-Koreanischen Freundschaftsbundes zum 81. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Koreas

Zum 81. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) übermitteln die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Deutsch-Koreanische Freundschaftsbund dem koreanischen Volk, seinen Kaderinnen und Kadern sowie der Parteiführung ihre tief empfundenen und revolutionären Grüße. Seit über acht Jahrzehnten steht die PdAK als Vorhut des koreanischen Proletariats an der Spitze des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und des entschlossenen Kampfes gegen den westlichen Imperialismus. In einer weltpolitischen Lage, die von verschärften Aggressionen der imperialistischen Mächte geprägt ist, bleibt die Demokratische Volksrepublik Korea ein Bollwerk des Antiimperialismus. Die PdAK hat unter Führung der großen Genossen Kim Il Sung und Kim Jong Il sowie durch die konsequente Anwendung der Dschutsche-Ideologie bewiesen, daß der Aufbau des Sozialismus selbst unter härtesten äußeren Bedingungen und Sanktionen erfolgreich



vorangeschrieben werden kann. Besonders begrüßen wir die richtungsweisenden Beschlüsse des 9. Parteitages der PdAK, der die Weichen für die weitere wirtschaftliche, wissenschaftliche und defense-technologische Stärkung des Landes gestellt hat. Der 9. Parteitag hat eindrucksvoll demonstriert, wie die Partei im tiefen Vertrauen der Massen verankert ist und den sozialistischen Aufbau mit neuer Dynamik vorantreibt. Mit großer Freude und Zuversicht nehmen wir die einstimmige

Wiederwahl des hochverehrten Genossen Kim Jong Un zum Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas zur Kenntnis. Genosse Kim Jong Un leitet die Partei und das Volk mit unerschütterlicher Prinzipienfestigkeit, strategischer Weitsicht und tiefem Verantwortungsbewusstsein für das Wohl der arbeitenden Klassen. Unter seiner bewährten Führung wird die PdAK auch weiterhin alle imperialistischen Provokationen souverän zurückweisen und den Frieden auf der Koreanischen Halbinsel sichern. Die KPD und der Deutsch-Koreanische Freundschaftsbund bekräftigen an diesem Ehrentag ihre unbrüchige Solidarität mit der Partei der Arbeit Koreas und dem koreanischen Volk.

Es lebe die Partei der Arbeit Koreas!
**Es lebe der Hochverehrte
Genosse Kim Jong Un!**
**Hoch die internationale
Arbeitersolidarität!**

Kürzungen? Nicht mit uns!

Am 3.9. fand in Dresden eine Demonstration des "Bündnis gegen Kürzungen" unter dem Motto "Kürzungen? Nicht mit uns!" statt. Vor etwa 500 Teilnehmern hielt ich eine Rede, die ähnlich der vorbereiteten war, aber als letzte Aussage noch enthielt, daß die ganzen Forderungen solcher Demonstrationen im Kapitalismus nicht durchsetzbar sind.

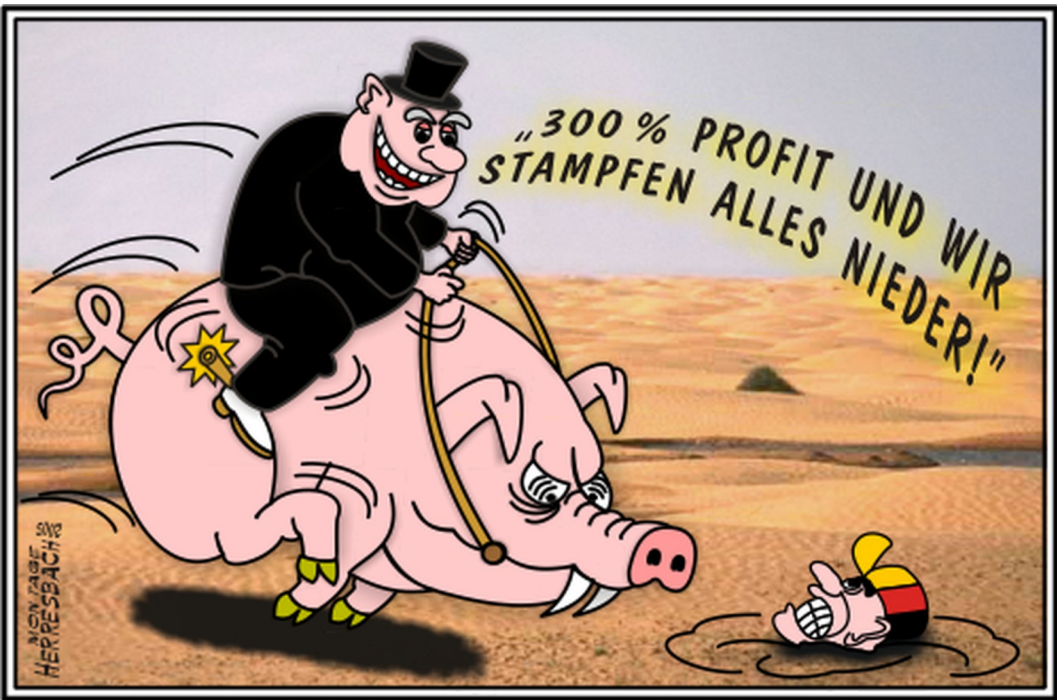
"Liebe Sozialkahlshlags-, Rüstungs- und Kriegsgegner, Kollegen, Genossen, liebe Leute,

die Kürzungen, die ja schon vorgenommen wurden, vorgenommen werden und geplant sind, entspringen nicht den Gehirnen böser oder dummer Menschen, unfähiger Politiker oder besonders gieriger Superreicher. Sie sind Maßnahmen, welche den Fortbestand des jetzigen Gesellschafts-systems sichern sollen. Des kapitalistischen Systems in seiner imperialistischen Phase, welches wieder mal in einer Weltwirtschaftskrise steckt. Die Lösung solcher Krisen wurde schon zweimal in Weltkriegen gesucht und gefunden. Vor diesen Kriegen mußte immer gigantisch aufgerüstet werden und diese Aufrüstung verschlang gigantische Summen.

Kommt Euch da irgendwas bekannt vor?

Der derzeitige Kahlschlag in allen Bereichen der Bildung, des Sozialen, der Kultur und der öffentlichen Daseinsvorsorge hat wie die Zerschlagung von Arbeiterrechten und Ausbau des Repressionsapparats zwei Gründe: erstens die Weltwirtschaftskrise, aufgrund derer die Großkapitalisten nach Entlastungen schreien, weil ihnen die Profite wegbrechen. Das ist aber noch nicht das Schlimmste. Denn zweitens muß für einen großen Krieg hochgerüstet werden. Die Hochrüstung ist wiederum nur dann profitabel, wenn die Rüstungsgüter auch verbraucht werden. Daß genau das in Vorbereitung ist, hören wir im Stundentakt über alle Kanäle der gleichgeschalteten Medien.

Betrugen die Militärausgaben im Bundeshaushalt 2021 noch unter 50 Milliarden Eu-



ro, liegen sie 2026 bei über 82 Milliarden, sollen 2029 bei 162 Milliarden und 2035 bei 225 Milliarden Euro liegen. Da sind Sonder-schulden, genannt Sondervermögen, noch gar nicht drin. Und das bei einem Gesamt-haushalt, der aufgrund der Krise bei etwas über 500 Mrd. € stagniert. Uns wird immer was von 2 oder 5% des Bruttoinlandspro-dukts erzählt, weil das so schön nebensäch-lich klingt. Vom Bundeshaushalt sind das aber die knapp 10fachen Anteile, das heißt, angestrebt wird, fast die Hälfte des Haus-halts in Rüstung und Krieg zu pumpen. Kan-onen statt Butter eben. Gegenüber dem Vorabend des Ersten Weltkriegs hat sich weder an der Gesellschaft noch an der Situa-tion, der Politik oder der Propaganda nen-nenswert etwas geändert. Nur die Folgen werden undenkbar verheerender sein.

Soziale und kulturelle Errungenschaften wie auch Frieden wurden der unterdrück-ten Mehrheit der Arbeiter noch nie ge-schenkt. Nur Armut, Elend und Krieg bekommen sie gratis, ohne etwas zu tun - bzw. wenn sie nichts tun.

Deshalb gehören die Kämpfe gegen Sozi-alkahlschlag, gegen Rüstung und Krieg, ge-gen Repression, gegen Faschismus, für die Interessen der werktätigen Mehrheit, für Kultur, für ein funktionierendes Gesund-heitswesen, für eine intakte Umwelt oder kurz, für unsere Zukunft und die unserer Kinder und Enkel, untrennbar zusammen. Und wir können nur erfolgreich sein, wenn wir sie gemeinsam führen. Nicht Jeder nur für sein Lieblingshobby in zig Miniorgani-sationen auf hunderten Miniveranstaltun-gen. Das ringt den herrschenden Sozialkahlschlägern und Kriegstreibern höchstens ein müdes Lächeln ab.

Das Bündnis gegen Kürzungen faßt schon andere Bündnisse und Organisationen wie auch Einzelpersonen zusammen. Laßt uns mehr und Größeres daraus machen. Sonst wird immer mehr und immer übleres mit uns gemacht. Genauer gesagt: Gegen uns."

Torsten Reichelt

Bericht vom Riesengebirgstreffen in Malá Úpa

Vom 28. bis 30.08. trafen sich Genossen kommunistischer und befreundeter Orga-nisationen zum Riesengebirgstreffen. Am 28. kamen wir in Tschechien an, bezogen unsere Zimmer im Hotel; meine Frau und ich kamen in der 10. Etage unter. Hier konnten wir einen wunderschönen Son-nenuntergang erblicken und bildlich fest-halten. Am nächsten Tag, dem Sonnabend, stand die Besteigung der Schneekoppe an. Aufgrund der verschärften politischen Sit-uation auch in Tschechien wurde im Vor-hinein darum gebeten, politische Fahnen zu unterlassen. Ich trug also nicht die Fah-ne der KPD, sondern die Fahne der Frie-densglocke auf den Gipfel. Zwei Genossen wußten das wohl nicht und trugen die Sie-gesfahne der Roten Armee, welche auf dem Reichstag 1945 gehisst wurde. Diese ent-hält Hammer und Sichel, genug, um An-stoß zu nehmen. Fast auf dem Gipfel angekommen, wurden wir von jungen Männern aufgehalten, welche uns als Söh-ne Banderas beschimpften und uns aufs polnische Gebiet einluden, um uns fertig-zumachen. Nach kurzer Rast entschieden wir uns, auf tschechischem Territorium zu bleiben, um gesund den Gipfel erklimmen zu können, welches wir dann schafften. Aufgrund der Wettersituation fuhr kein Lift und wir wanderten bis zur Mittelstati-on wieder bergab. Den Abend verbrachten wir bei Genossen der Kommunistischen Partei Böhmen und Mährens, bei Schnitzel und Musik. Am Sonntag gedachten wir dem Treffen von Karl Kreibisch und Ernst Thälmann 1927 in Kralovec, legten Blumen am Gedenkstein ab und fuhren anschlie-ßend zurück nach Dresden und Berlin.

W. Hänsel

KURZMELDUNGEN

HENSOLDT rüstet für den Krieg

Der deutsche Rüstungskonzern HEN-SOLDT baut seine Zusammenarbeit mit der Ukraine weiter aus. Während des Besuchs von Bundeskanzler Merz Anfang Oktober in Kiew unterzeichnete HEN-SOLDT-Chef Oliver Dörre eine Vereinba-rung über weitere Radarsysteme und die mögliche gemeinsame Nutzung von Weit-bereichsradaren. HENSOLDT spricht vom Schutz der ukrainischen Bevölkerung und ziviler Infrastruktur. Doch hinter solchen Formulierungen steht ein Geschäft mit dem Krieg – finanziert auch aus deutschen Steuergeldern. Die Bundesregierung liefert inzwischen weitere Waffensysteme und will die militärische Zusammenarbeit mit der Ukraine ausbauen.

Es geht längst nicht mehr allein um die Verteidigung der Ukraine. Die BRD und ihre NATO-Partner bauen militärische Fähig-keiten aus, um für einen größeren Krieg gegen Russland gerüstet zu sein. Die Rüs-tungsindustrie verdient daran kräftig. Für die arbeitende Bevölkerung bedeutet diese Politik dagegen steigende Militärausgaben, wachsende Kriegsgefahr und die Verlage-rung gesellschaftlicher Ressourcen in die Rüstung.

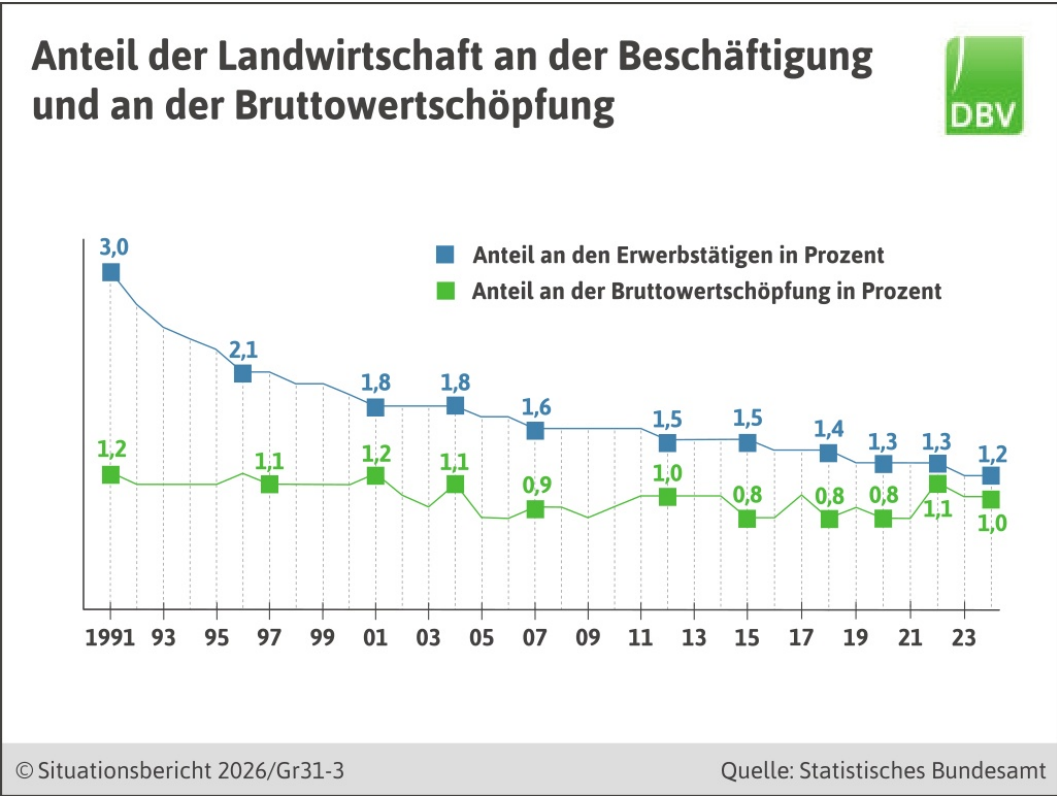
Dieser Aufrüstungspolitik muss Wider-stand entgegengesetzt werden. Gegen die Militarisierung der Gesellschaft, gegen die Umverteilung öffentlicher Mittel zuguns-ten der Rüstung und gegen die Vorberei-tung eines großen Krieges. Die Interessen der arbeitenden Menschen liegen nicht im Profit der Rüstungskonzerne, sondern in Frieden, sozialer Sicherheit und internatio-naler Solidarität.

Agrar- und Umweltinformation

Wird ein neues sozialistisches Deutschland wieder ein Arbeiter- und Bauernstaat sein?

Die Klassiker unserer marxistisch-len-i-nistischen Theorie hoben immer das notwendige Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Bauern hervor, um eine sozi-alistische Umwälzung zum Sieg zu führen. Sehen wir uns aber heute die soziale Struk-tur der in der Landwirtschaft Tätigen an, kommen berechnete Zweifel auf, ob die Bauernschaft in Deutschland, oder anderen entwickelten westeuropäischen Industrie-ländern noch als der natürliche Verbündete des revolutionären Proletariats anzusehen ist. Diese Betrachtungen drängten sich mir bei der Lektüre Situationsberichtes der Landwirtschaft des Deutschen Bauernver-bandes (DBV) für 2025/26 auf. Hierzu seien einige statistische Werte vorangestellt:

Demnach hat sich von 1991 bis heute der Anteil von in der Land-und Forstwirtschaft Beschäftigten von ca. 3% auf 1,2 % verrin-gert. Weiterhin sind von den in Deutsch-land existierenden Landwirtschafts-betrieben 85% Einzelunternehmen sprich Familienbetriebe, diese bewirtschaften 61% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und von diesen Betrieben sind 50% Haupter-werbsbetriebe. Zwischen 2014 und 2024 nahm die Anzahl der Betriebe um 31.800 ab, das sind 11,1 %. Finanziert wurde das Sach-kapital der deutschen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei zu 31 Prozent mit Fremd-mitteln und zu 69 Prozent mit Eigenmitteln. Das heißt mit anderen Worten, der Deut-sche Bauer ist in erster Linie privatkapita-listischer Besitzer von Grund und Boden und anderen Produktionsmitteln. Bedenkt man dann noch, daß 52 % der Arbeitskräfte Familienmitglieder sind, kann man hier wohl kaum von Verbündeten der Arbeiter-klasse reden. Beachtet man dann noch, daß die restlichen 48% nur zu einem Drittel fest angestellt und die anderen Saisonarbeits-



kräfte sind, muß man erkennen, daß der Anteil von an gesellschaftlicher Verände-rung interessierten Menschen im Bereich der Landwirtschaft verschwindend gering ist, und keinerlei revolutionäre Impulse zu erwarten sind. Sieht man sich hingegen den Anteil von Arbeitern und Angestellten (lohnabhängig Ausgebeuteten) gegenüber den Unternehmern (11%) insgesamt an (Be-amte und mithelfende Familienangehörige sind zu vernachlässigen), stellt man eine Konzentration der Ausbeutung fest. Diese hat sich lediglich in der Art und Weise ver-schoben, daß wir sie anzahlmäßig am meis-ten nicht mehr beim „reinen Industriearbeiter“ finden, sondern in be-trächtlichem Masse im Dienstleistungssek-

tor. Deshalb ist es wichtig den Begriff Proletariat oder Arbeiterklasse so zu verste-hen, wie Marx ihn im Kommunistischen Manifest umrissen hat: „Sie (die Bourgeoisie) hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Zu die-sen zählen auch die im landwirtschaftlichen Betrieb lohnabhängig Ausgebeuteten, aber nicht die Klasse ihrer reaktionär eingestell-ten bäuerlichen Familienpatriarchen. Des-halb werden wir eher Verbündete bei dem von Marx im Manifest genannten Perso-nenkreis finden.

Axel Schmidt

Das Feindbild steht fest – jetzt wird für den Krieg gerüstet

Die Chefs von BND, Verfassungsschutz und MAD vor dem Bundestag: Mehr Aufrüstung, mehr Geheimdienst, mehr Überwachung und Repression

Was am 5. Oktober im Bundestag zu hören war, verdient mehr Aufmerksamkeit als die üblichen Schlagzeilen. Die Präsidenten jener drei Geheimdienste, die für die äußere und innere Sicherheit des imperialistischen deutschen Staates zuständig sind, zeichnen ein Bild, das erkennen läßt, wohin die Reise in den kommenden Jahren gehen soll. Natürlich ist das keine neue Nachricht, aber das Feindbild ist gesetzt: Rußland.

BND-Präsident Martin Jäger erklärte vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium: „Rußland ist unser gefährlichster Gegner.“ Deutschland sei in Gefahr, in einen „gewaltsamen Konflikt mit Rußland“ zu geraten. Von keinem anderen Land gehe derzeit eine derart „direkte, umfassende und konkrete Bedrohung“ aus. Die im vergangenen Jahr vorhergesagte Verschärfung der Lage sei „in vollem Umfang eingetreten“.

Verfassungsschutzpräsident Sinan Selen erklärte, was militärische Szenarien für das Jahr 2029 als Bedrohung beschrieben, sei in der „geheimdienstlichen Schattenwelt“ bereits heute Realität. Rußland betreibe Spionage und Sabotage und sei zu „Tötungsoperationen“ bereit. Besonders Transport und Verkehr, Rüstungsindustrie und militärische Infrastruktur seien gefährdet. MAD-Präsidentin Martina Rosenberg sprach ebenfalls nicht mehr von einer abstrakten Gefährdung, sondern von „ganz konkreten Angriffen auf die Bundesrepublik Deutschland“.

Damit ist das politische Drehbuch umrissen: Außen der Feind. Innen die Abwehr. Dazwischen die Aufrüstung. Die Geheimdienste bereiten auf den Krieg vor.

Man muß diese Worte nicht als bloße Lageberichte lesen. Sie haben eine politische Funktion. Eine Gesellschaft, die auf einen großen militärischen Konflikt vorbereitet werden soll, braucht ein Bedrohungsbild. Sie muß davon überzeugt werden, daß immer neue Waffen notwendig sind, daß immer größere Militärausgaben unvermeidlich seien und daß der Staat dafür weitreichendere Eingriffe benötigt. Genau dieses Bild wurde am Montag einmal mehr gezeichnet.

Jäger erklärte, Deutschland müsse angesichts der Bedrohung durch Rußland „widerstandsfähiger“ werden. Der BND müsse auch unter den Bedingungen von „Krieg und Krise“ einsatzfähig sein und verstehe sich als „erste Verteidigungslinie“.

Deutschland wird dabei als bedrängtes Opfer dargestellt. Die eigene seit Jahren aggressive Rolle in der militärischen Konfrontation verschwindet aus dem Bild. Dabei unterstützt die Bundesregierung die Ukraine politisch, finanziell und militärisch und baut die Bundeswehr sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO

in der Bundesrepublik massiv aus. Bezeichnen-derweise begründete auch Jäger die Konfrontation mit Rußland damit, daß Deutschland die Ukraine unterstütze und den NATO-Staaten im Baltikum entgegenetrete.

Die Auseinandersetzung zwischen Staaten und Regierungen darf nicht mit den Interessen der Völker verwechselt werden. Wer die gegenwärtige Konfrontation als zwangsläufige Folge russischer Aggression darstellt, verschweigt die Rolle des deutschen Imperialismus und der NATO bei ihrer Verschärfung.

Mehr Befugnisse für die Geheimdienste

Besonders aufschlußreich ist, daß die heutige Anhörung zeitgleich mit einer weitreichenden Reform des Nachrichtendienstrechts stattfindet. Ende September wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung im Bundestag zur ersten Lesung gebracht. BND und Verfassungsschutz sollen danach umfassend neue Aufklärungs- und operative Fähigkeiten erhalten. Vorgesehen sind unter anderem weitreichendere Möglichkeiten zur Auswertung von Cyberangriffen und informationstechnischen Systemen. Der BND soll erhobene Daten künftig ohne vorherige Sichtung sechs Monate als Inhaltsdaten und bis zu zwölf Monate als Metadaten speichern können. Die Bundesregierung bezeichnet die Reform selbst als grundlegende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen und erklärt offen, die Nachrichtendienste benötigten „mehr Befugnisse und zusätzliche operative Fähigkeiten“. Und nun fordert Verfassungsschutzpräsident Selen vor dem Bundestag bereits die weitere Transformation seines Amtes zu einem operativen „Abwehrdienst“.

Das ist kein Zufall. Die angeblich immer gefährlicher werdende äußere Bedrohung liefert die Begründung für den Ausbau der Geheimdienste. Der Ausbau der Geheimdienste schafft wiederum die Instrumente, mit denen gegen die vermeintlichen „inneren Feinde“ vorgegangen werden kann. Rosenberg berichtete von einem Anstieg der Verdachtsfallbearbeitung im Bereich „Extremismus“. Jeder Hinweis werde ernst genommen. Ziel sei es, „Extremisten und Personen ohne Verfassungstreue“ aus der Bundeswehr zu entfernen. Selen sprach davon, Netzwerke umfangreich aufzuklären und die Bandbreite illegaler Aktivitäten zu „kartografieren“.

Wer heute gegen Aufrüstung und NATO-Konfrontation Stellung bezieht, wer die offiziellen Feindbilder zurückweist oder die Interessen hinter der Rüstungspolitik offenlegt, sollte diese Entwicklung aufmerksam verfolgen. Was heute als „Extremismus“, „Einflussnahme“ oder

„Desinformation“ bezeichnet wird, kann morgen zum Vorwand für weitere Überwachung und Repression werden. **Wo der Krieg vorbereitet wird, soll auch der Widerstand gegen den Krieg unter Kontrolle gebracht werden.**

Die Kriegswirtschaft nimmt Gestalt an

Hinter der Propaganda von „Verteidigungsfähigkeit“ stehen gewaltige wirtschaftliche Interessen. Die Bundesrepublik und andere NATO-Staaten rüsten in einem Tempo auf, das seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt wurde. Produktionskapazitäten werden erweitert, Rüstungsaufträge vervielfacht und staatliche Haushalte auf Jahre hinaus mit den Kosten der militärischen Aufrüstung belastet. Und diese Umstellung ist längst nicht mehr nur eine Frage von Haushaltszahlen. Sie verändert die Industrielandschaft.

In Görlitz wird aus einem traditionsreichen Waggonbauwerk ein Rüstungsstandort. Der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS übernahm 2025 das bisher von Alstom betriebene Werk. Dort werden inzwischen Baugruppen für den Kampfpanzer Leopard 2, den Schützenpanzer Puma und den Radpanzer Boxer gefertigt. Aus einem Werk, in dem über Jahrzehnte Züge gebaut wurden, wird damit ein Teil der europäischen Panzerproduktion.

In Leipzig hat am 5. Oktober, ausgerechnet am Tag der Geheimdienstanhörung, das US-Rüstungsunternehmen Covenant seine neue Produktionsstätte eröffnet. Ab 2027 sollen dort weitreichende Marschflugkörper des Typs „Anthem“ gefertigt werden. Der Leipziger Standort soll der größte des Unternehmens werden; zunächst sind 1.000 Flugkörper jährlich vorgesehen, später bis zu 5.000.

Und auch in Sangerhausen soll ein weiterer großer Rüstungsstandort entstehen. Die Stadt verhandelt über die Ansiedlung eines bislang offiziell nicht benannten Unternehmens der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf einem rund 145 Hektar großen Areal an der A 38. Nach übereinstimmenden Berichten soll es sich um die deutsche Tochter des israelischen Rüstungskonzerns Elbit Systems handeln.

Das sind nur einige Beispiele und keineswegs Einzelfälle. Sie zeigen, wie zivile Produktionsstandorte in die Kriegsvorbereitung einbezogen werden und wie deutsches, französisches, israelisches und US-amerikanisches Rüstungskapital immer enger zusammenarbeitet. Elbit selbst bezeichnet seine deutsche Tochter als wichtigen europäischen Standort und wirbt mit Kooperationen mit deutschen Unternehmen. 2026 vereinbarte Elbit zudem mit KNDS ein gemeinsames Unternehmen für das Raketenartilleriesystem EuroPULS.

Die andere Seite der sogenannten „Zeitenwende“.

Das Geld kommt aus öffentlichen Kassen. Die Waffen werden jedoch von privaten Konzernen produziert, die damit Gewinne erzielen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit: **Die Bevölkerung bezahlt. Das Rüstungskapital verdient.**

Und es ist keineswegs nur deutsches Kapital, das von diesem Geschäft profitiert. Gerade US-amerikanische und israelische Rüstungskonzerne bauen ihre Präsenz in Deutschland und Europa aus und verbinden sich mit deutschen und anderen europäischen Konzernen. Das NATO-Bündnis ist damit zugleich ein immer enger verflochtener Rüstungsmarkt.

Die Hochrüstung ist deshalb keine neutrale „Sicherheitsmaßnahme“. Sie ist ein gigantisches staatliches Umverteilungsprogramm zugunsten des Rüstungskapitals. Während für soziale Aufgaben angeblich kein Geld vorhanden ist, werden Milliarden für Panzer, Munition, Raketen, Drohnen und militärische Infrastruktur bereitgestellt.

Die BRD stellt sich Schritt für Schritt auf eine längere Periode militärischer Konfrontation ein. Die Wirtschaft wird stärker auf Rüstungsproduktion ausgerichtet. Der Staat verschuldet sich für die Aufrüstung. Die Bundeswehr wird vergrößert. Die NATO baut ihre militärischen Fähigkeiten aus. Und die Geheimdienste liefern die ideologische Begründung dafür.

Dabei geht es nicht allein um die Vorbereitung eines möglichen Krieges nach außen. Es geht zugleich um die politische Vorbereitung nach innen. Das Kapital hat ein Interesse daran, dass die Rüstungskonjunktur anhält. Die staatlichen Apparate werden darauf ausgerichtet, diese Politik durchzusetzen und gegen Widerstand abzusichern.

Die arbeitenden Menschen in der BRD haben daran kein Interesse. Sie haben nichts davon, für die geopolitischen Ziele der USA und NATO oder die Profite der Rüstungskonzerne in einen Krieg getrieben zu werden. Ihr Gegner sitzt nicht in Moskau. Ihr Interesse liegt in Frieden, sozialer Sicherheit und der Verfügung über die gesellschaftlichen Reichtümer, die heute für Aufrüstung und Profit geopfert werden.

Die Hochrüstung ist eine Klassenfrage. Der Kampf gegen die Kriegsvorbereitung muß deshalb zugleich ein Kampf gegen die Interessen des Kapitals und gegen die Militarisierung des Staates sein.

M.N.

Zum 95. Geburtstag unserer Genossin und Alterspräsidentin Inge Müller

Am 27. Oktober 2026 begeht unsere Genossin und Alterspräsidentin Inge Müller ihren 95. Geburtstag.

Wir, die Genossinnen und Genossen des ZK, des Sekretariats, der LO Berlin-Brandenburg und alle Mitglieder unserer Partei, gratulieren dir, liebe Inge, von ganzem Herzen zu diesem Ehrentag. Seit der Wiedergründung unserer Partei gehörst du zu ihren treuesten und standhaftesten Mitgliedern.

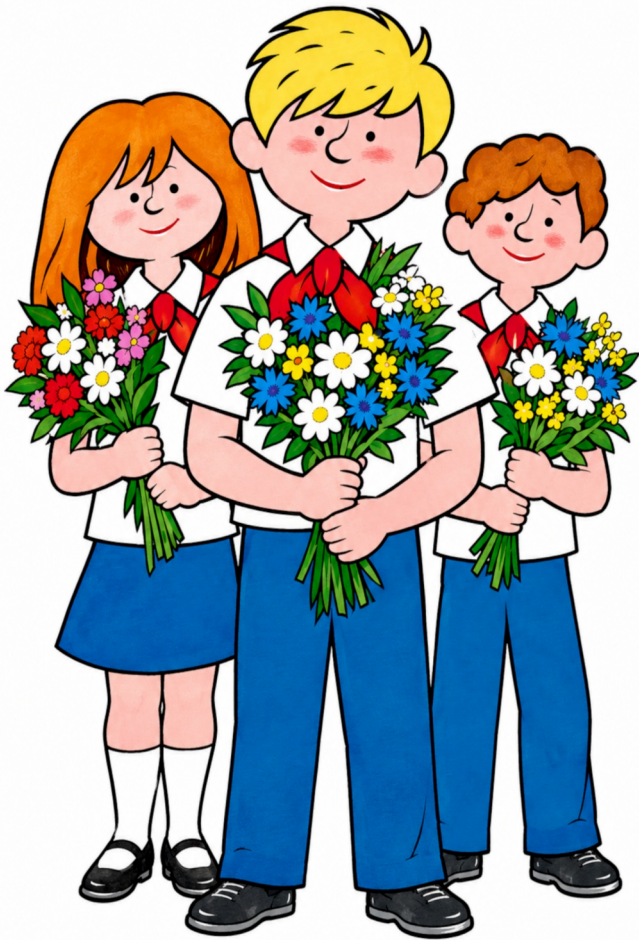
In den langen Jahren deiner Mitgliedschaft hast du in führenden Funktionen einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung der KPD getragen. Als Mitglied des ZK, verantwortlich für die Finanzarbeit, hast du vorbildliches geleistet. Dir ist es zu verdanken, daß die finanziellen Belange unserer Partei jeder Kontrolle standhielten – du hattest alles in fester Hand. Nach der Konterrevolution hast du bei der Erfüllung der dir gestellten Aufgaben stets in vorderster Reihe gestanden und deine ganze Kraft für die Umsetzung unserer Ziele und Beschlüsse eingesetzt. Auf der Grundlage deiner festen kommunistischen Einstellung und deines Wissens hast du wesentlichen Anteil an der Überwindung von Höhen und Tiefen in unserem Parteileben gehabt und jüngeren Genossen mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Jahrzehntelange Treue zur Partei und zu den Idealen des Marxismus-Leninismus sind dir ein Herzensbedürfnis. Du hast dir große Verdienste beim sozialistischen Aufbau in unserer DDR sowie in den heutigen Kämpfen um eine gerechtere Welt, ohne Krieg und Ausbeutung, erworben.

Dafür danken wir dir für dein ständiges, unermüdliches Wirken für die Partei.

Liebe Inge, wir wünschen dir weiterhin recht viel Gesundheit, Kraft für unseren gemeinsamen Kampf sowie persönlich alles Gute. Möge deine Gesundheit dir die Kraft geben, den Kampf für unsere Ideale noch lange fortzusetzen.

ZK der KPD
Sekretariat
LO Berlin-Brandenburg
Alle Genossinnen und Genossen der KPD





Übersicht mit KI

Atze: Alles war natürlich nicht gut...

Icke: Was sagt die KI? Atze: Welche?

Icke: Na die von denen... denen von hier. Die West-KI. Google Gemini.

Atze: Das kannst du doch denken.

Icke: Tipp mal ein: „War in der DDR alles gut?“

Atze: Die KI sagt: „In der DDR war nicht alles gut, denn das Land war eine von der SED geführte Diktatur mit massiven politischen Einschränkungen, während gleichzeitig der Alltag durch soziale Sicherheit und staatliche Lenkung geprägt war.“

Icke: Was sagt die KI zu „Alltag“?

Atze: Die KI sagt: „Der Alltag bezeichnet den wiederkehrenden, gewohnten Ablauf von Mustern und Routinen im menschlichen Leben, der im Gegensatz zu besonderen Ereignissen wie Feiertagen, Festen oder dem Urlaub steht. Er bildet das grundlegende Gerüst unseres Lebens und wird maßgeblich durch feste Strukturen, wiederkehrende Aufgaben und automatisierte Handlungen geprägt.“

Icke: Das grundlegende Gerüst unseres Lebens war also durch soziale Sicherheit geprägt.

Atze: Das laß mal sacken.

Icke: Was zählt die KI zu sozialer Sicherheit in der DDR?

Atze: Die KI listet Kinderbetreuung, Gleichberechtigung, geringe Kriminalität und soziale Garantien auf.

Icke: Was sind soziale Garantien?

Atze: Die KI meint: „Grundbedürfnisse wie Mieten, Energie und bestimmte Grundnahrungsmittel wurden vom Staat extrem billig gehalten, und Arbeit sowie Wohnraum waren staatlich garantiert.“

Icke: Was haut die KI zu „Grundbedürfnisse“ raus?

Atze: Da kommt:

„Grundbedürfnisse sind die elementaren körperlichen und psychischen Voraussetzungen, die ein Mensch zum Überleben, zur Gesundheit und zum Wohlbefinden zwingend benötigt.“

Icke: Nachtigall, ich hör dir trapsen. Frag mal die KI nach „staatlicher Lenkung“.

Atze: „Unter staatlicher Lenkung versteht man das gezielte Eingreifen des Staates in die Wirtschaft und Gesellschaft, um bestimmte politische, soziale oder ökologische Ziele zu erreichen. Statt die Prozesse dem freien Markt zu überlassen, steuert der Staat das Geschehen durch verschiedene Instrumente.“

Icke: Also war all das nicht trotz, sondern wegen der SED gut... die hat ja schließlich gelenkt.

Atze: Du kommst auf Ideen.

Icke: Na eins und eins kann diese Intelligenz offensichtlich nicht zusammenzählen.

Atze: Intelligenz ist eine Ware und über das Können dieser Ware entscheidet der Eigentümer.

Icke: Google.

Atze: So isses. In jeder

Hinsicht.

Eine Zeitung lebt von guten Texten und diese Texte bestehen aus Worten. Vielfach wird statt Worte die falsche Benennung "Begriff" verwendet. Leider machen sich viele Menschen, über die Worte, die sie verwenden, keine großen Gedanken. Schon an den wenigen Worten kann man erkennen, daß die deutsche Sprache ein kompliziertes Gebilde ist – aber wir haben nur diese eine Sprache, sollten sie schon aus dem Grund schützen und vor allem Pflegen. Bei dieser allgemeinen Einleitung, darf auf keinen Fall fehlen, daß JEDES Wort, noch eine weit größere Bedeutung hat, denn jeder Mensch denkt in Worten. Wird ein Wort aus der Sprache gestrichen, können wir in dem Wort nicht mehr denken.

Gegenwärtig versuchen die Medien mit aller Macht, zum Beispiel das Wort Proletariat zu eliminieren, es aus dem Sprachschatz zu entfernen. Sie können das selbst verfolgen. In den öffentlich unrechtlichen Medien und in den Konzernblättern kommt dieses Wort schon lange nicht mehr vor.

Das ist verständlich, da diese Medien im Auftrag der herrschenden Klasse, dem Monopolkapital tätig ist und nach Marx ist das Proletariat nun mal der Totengräber des Kapitals. Also ganz „unpolitisch und neutral“. Natürlich im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung Wie ARD und ZDF nun mal sind – ODER?

Und zwangsweise kommen wir da zu einem weiteren Wort – zu dem Wort "Nationalsozialismus".

Jeder sollte sich darüber im Klaren sein, daß Worte eine eigene Historie aufweisen, dieses Wort insbesondere. Diese Partei damals nannte sich NSDAP – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Wie und warum kam es zu diesem Namen – denn von den benannten Inhalten stimmt nicht einer. Es kommt heute niemand mehr auf den Gedanken, diese Faschisten als Arbeiterpartei einzuordnen. Trotzdem ist das Wort "NAZIS" allgegenwärtig, obwohl diese Anhänger dieser Partei keinesfalls NATIONAL agierten, sondern nationalistisch was dem Rassismus zuzuordnen ist.

Auch Sozialismus war nie das Ziel der NSDAP.

Einzig die Definition von Georgi Dimitroff hilft den Menschen zu verstehen und nennt das richtige Wort für diese Herrschaftsform des Kapitals, FASCHISMUS. Und in unserem Fall noch wichtig DEUTSCHER FASCHISMUS.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution waren die Vorgänge in der jungen Sowjetunion, insbesondere im Proletariat auch in Deutschland von sehr positiven Interesse. Das nutzend, versprachen sich die Führer der NSDAP um Hitler, durch die Verwendung durch das Wort Nationalsozia-

lismus eine breite Zustimmung aus der Klasse der Arbeiter und Angestellten, um mittels Wahlen an die Macht zu kommen. Schon immer wurde vor Wahlen massiv gelogen.

Da nach 1945, unmittelbar nach dem Sieg über den deutschen Faschismus, dem Antikommunismus in der Propaganda breiter Raum eingeräumt wurde, freuten sich diese Propagandisten über den genialen Trick der Leute um Hitler, mit dessen Hilfe sie nun dem Sozialismus und somit der UdSSR sofort eine Mitschuld am 2. Weltkrieg verbal zuweisen konnten, denn nach ihrer Lesart war der deutsche Faschismus, der von den Faschisten selbst als Nationalsozialismus benannt wurde NATIONAL und SOZIALISTISCH – woraus somit das Wort NAZI gebildet wurde. Noch heute wird auf der Grundlage dieses Wortes, der UdSSR und dessen Nachfolger Rußland, eine Mitschuld am Ausbruch des zweiten Weltkrieges angedichtet.

Somit sollte JEDER vor der Verwendung des Wortes "NAZI" genau überlegen, ob er der Propaganda Hitlers und seiner Kumpane heute noch bei der Verbreitung dieser Irreführung helfen möchte oder doch lieber das richtige Wort "deutscher Faschismus" verwendet – damit in dem Wort auch gedacht wird.

Günther Wassenaar

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate: Die bezirksgeleiteten Kombinate des Bezirkes Halle

Nach dem Potsdamer Abkommen 1945 wurde Preußen als Staat zerschlagen. Es entstanden daraus im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen/Anhalt sowie Thüringen. Denn das Gebiet der preußischen Provinz Sachsen umfaßte bis 1944 drei Bezirke: Magdeburg, Merseburg und Erfurt. Der Bezirk Erfurt kam zum seit 1920 existierenden Land Thüringen. Als 1952 die Länder aufgelöst wurden, entstanden drei neue Bezirke – Erfurt, Gera, Suhl. Der neue Bezirk Erfurt hatte mit dem alten aus preußischer Zeit aber nichts mehr zu tun. Anders in Sachsen-Anhalt: 1947 wurden die Bezirke Merseburg und Magdeburg mit dem Land Anhalt zu Sachsen/Anhalt zusammengeschlossen. Daraus entstanden 1952 die zwei Bezirke Magdeburg und Halle, die im Prinzip an die alten Bezirke anschlossen, nur um die jeweiligen anhaltinischen Gebiete erweitert. Aber der Bezirk Halle hatte eine neue Hauptstadt bekommen, denn Hauptstadtfragen sind Machtfragen: Jede herrschende Klasse macht ihre Hochburgen zur Hauptstadt. Waren es unter dem Imperialismus jeweils die alten Bischofssitze, wurden es in der DDR die größten Städte, denn die Arbeiterklasse ist die zahlenmäßig stärkste Klasse. Außerdem: Halle befindet sich rechts der Saale, auf der ursprünglich slawischen Seite, während Merseburg linkssaalisch liegt, auf der ostfränkischen Seite, von der im 10. Jahrhundert die feudale deutsche Ostexpansion ausging. In der DDR war der Bezirk Halle nach der Fläche der viertgrößte und von der Einwohnerzahl her der zweitgrößte, im übrigen auch der mit der höchsten Anzahl von Morden pro Kopf der Bevölkerung.

Im Bezirk Halle gab es 1977 über 340 kleinere und mittlere Betriebe der bezirksgeleiteten Industrie. Sie stellten in jenem Jahr Konsumgüter für mehr als drei Milliarden

Mark her. Vom Wirtschaftsrat des Bezirkes Halle in der Halleschen Maxim-Gorki-Straße 13 (Vorsitzende u.a. 1973 Dr. Niemann, 1984 Dr. Wolfgang Süß) wurden u.a. folgende Kombinate geleitet: VEB Getränkekombinat Dessau, VEB Kombinat Fleischwirtschaft des Bezirkes Halle, VEB Backwarenkombinat Halle, VEB Kombinat Getreidewirtschaft Halle, VEB Kombinat Tiefbau, VEB Kombinat Chemie und Plastikverarbeitung Halle, VEB Kombinat Elektrowaren Halle, VEB Kombinat Fahrzeug- und Fertighausbau Halle, VEB Kombinat Feinmechanische Werke Halle, VEB Kombinat Holz und Kulturwaren Naumburg, VEB Kombinat Metallwaren Dessau und VEB Kombinat Anlagen- und Gerätebau Halle. Letztgenanntes Kombinat wurde am 1.7.1981 auf Beschluß des X.Parteitages der SED, der Bezirksleitung der SED und des Rates des Bezirkes gegründet. Es vereinigte acht VEB mit ca. 4300 Werktätigen, davon über 600 Hoch- und Fachschulkader. Sein Symbol waren drei längliche Sechsecke, die sich in der Mitte überlappten und im 120°-Winkel zueinander angeordnet waren. Das Kombinat Anlagen- und Gerätebau Halle hatte die Aufgabe, Rationalisierungstechnik speziell für die anderen bezirksgeleiteten Kombinate des Chemiebezirkes Halle zu schaffen. Das erklärt den hohen Ingenieursanteil. Auch der Kombinatdirektor Frithjof Kleen war Diplom-Ingenieur. Nicht zum Führungsbereich des Wirtschaftsrates des Bezirkes Halle gehörende Betriebe durften nur ausnahmsweise Kapazitäten dieses Kombines in Anspruch nehmen.

Strukturbestimmende Einheit des Kombines war der VEB Rationalisierung Halle mit einem stilisierten „r“ als Zeichen, der selbst durch einen mühsamen Konzentrationsprozeß entstanden war: Seit 1.1.1964 VEB Vorrichtung- und Sondermaschinenbau Halle,

seit 1.1.1970 VEB Rationalisierung Halle, wurde der Betrieb nacheinander von den Direktoren Franz Bittner, Herrmann Matheis, Werner Meinert und Dipl.-Ing. Günther Ranke geführt. Von 1964 bis 1968 vervielfachte sich seine Industrielle Warenproduktion, die Arbeitskräfteanzahl (AK) stieg im selben Zeitraum von 70 auf 231, davon 33 Ingenieure. Denn um insgesamt intensiv erweitert zu produzieren, müssen die Rationalisierungsbetriebe selbst auch extensiv erweitert werden. Dazu gehörte die Angliederung weiterer Firmen: am 1.1.1974 des VEB Werkzeug- und Vorrichtungsbau Dessau (vor der Verstaatlichungswelle 1972 PGH = Produktionsgenossenschaft des Handwerks) mit 45 AK, des VEB Maschinenfabrik Nien-

burg (vor 1972 BSB = privater Betrieb mit staatlicher Beteiligung, Staat ist Kommanditist) mit 40 AK, des VEB Maschinenbau Köthen (vormals BSB, ab 1987 im Rahmen der Konsumgüterproduktion Bau des Dachgepäckträgersystems Compart 2000) mit 78 AK, des VEB Entstaubungstechnik und Projektierung Halle (vormals das private Ingenieurbüro Behringer) mit 7 AK, des VEB Apparatebau Halle (vormals BSB) mit 14 Leuten; am 1.4.1974 des VEB Luft- und Klimaanlage Halle (vormals PGH) mit 73 AK und des VEB Aluminiumbehälterbau Halle (vormals BSB) mit 24 AK; am 1.6.1974 der Konstruktionsabteilung Bad Kösen mit ihrer Außenstelle Dresden; am 1.1.1975 des neugebauten Werk II an der Straße der DSF 49a in Halle-Büschdorf; 1976 der Konstruktionsabteilung Radebeul für Möbelbeschichtungsanlagen, weil der VEB Rationalisierung Halle sich auf Projektierung, Fertigung und Montage kompletter Lackierungsanlagen für die Möbelindustrie spezialisierte, des Baubetriebes Jeßnitz mit 48 AK und des Baubetriebes Seeben; am 1.1.1979 des

VEB Holzbearbeitung Jeßnitz; am 1.1.1984 des VEB Hallesche Kellereimaschinenfabrik mit 58 AK und des VEB Werkzeugbau und Fördertechnik Halle mit 48 AK; am 1.1.1985 des VEB Regenerierung Halle mit 198 AK und des VEB Entstaubungsanlagen Raguhn mit 150 AK. Die letzte Erweiterung ging mit einer Schwerpunktverschiebung vom Ratiomittelbau zum Maschinenbau einher. Am 1.1.1980 wurde eine Zentralstelle für Rationalisierung im Bereich des Ministeriums für Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie eingerichtet, auch sie, und zwar unter Leitung von Gernot Jung, im VEB Rationalisierung Halle, ab 1.1.1985 als VEB Ingenieurtechnik Halle.

Die IWP des VEB Rationalisierung Halle stieg weiter: von 1970 bis 1975 auf 430%, von 1975 auf 1980 auf nochmal 200%. Betriebsdirektor Meinert formulierte die Aufgabe des Betriebes so: Sie besteht darin, „die kleinen, für die Versorgung unserer Bevölkerung sehr wichtigen Betriebe, die weder Kader noch Möglichkeiten der Realisierung von Intensivierungsmaßnahmen aus eigener Kraft besaßen, zu unterstützen.“ Aus der 1989 erschienenen Betriebsgeschichte seien in diesem Zusammenhang willkürlich einige Beispiele herausgegriffen, besonders jene, die weitere bezirksgeleitete VEB des Bezirkes Halle kenntlich machen. So fanden Ratiomaßnahmen in den VEB Blitz Dessau, Flamet Coswig, Beikowa Bernburg, Holz Naumburg, Kupferkesselwerk Allstedt, Pianoforte Sangerhausen, Kindermoden Aschersleben, Herrenmoden Eisleben, Fischverarbeitung Mücheln, Metallbearbeitung Bitterfeld, Likörfabrik Zahna, Tafelgerätekwerk Dessau, Metalldrucker Halle, Neontechnik Halle, Plastikverarbeitung Zeitz, Speisenproduktion Halle, Lederwaren Halle und den Großbäckereien Weißenfels und Halle-Neustadt des Backwarenkombinates Halle statt.

1988 betrug der Anteil der direkten Konsumgüterproduktion im VEB Rationalisierung Halle 3% der IWP, 1986 waren 24% der IWP neue Erzeugnisse.

VKWF



Im Osten Deutschlands steht der Gewinner der Landtagswahlen fest: das Kapital

In Deutschland schreiten die umfangreichen Kriegsvorbereitungen mit dem Aufrüsten der Bundeswehr in vollem Tempo voran. Doch es gibt einen anderen Krieg, der längst begonnen hat: den großen Krieg des Kapitals gegen die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen im Inneren.

Von der Senkung der Löhne über die Anhebung des Renteneintrittsalters und die zunehmende Kommerzialisierung des Gesundheitswesens bis hin zur Verlängerung der Arbeitszeiten – zahlreiche neue Gesetzesvorhaben bedeuten einen offenen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklasse, die diese in mehr als hundert Jahren des Kampfes errungen hat.

Dabei finden diese Angriffe insbesondere in den ostdeutschen Gebieten der ehemaligen DDR seit Jahrzehnten statt. Daß den arbeitenden Menschen in einer Zeit, in der die Reichen immer reicher werden und die Monopole ihren Anteilseignern hohe Gewinne ausschütten, auch noch vorgeworfen wird, „faul“ zu sein, zeigt die Rücksichtslosigkeit der Kapitalistenklasse.

Unter diesen Bedingungen hat die AfD nicht nur ihre Stimmenzahl erhöht. Sie hat – wie das Beispiel Sachsen-Anhalt zeigt – den Status einer stärksten Partei erreicht und verfügt inzwischen über die politische Stärke, eine Regierung zu bilden.

Die bürgerlichen Medien fragen: „Warum?“ Warum wählen die Menschen in Ostdeutschland eine rechtsextreme Partei wie die AfD?

Ihre Antwort ist bekannt: „Weil die Menschen in Ostdeutschland mit nichts zufrieden sind, die Chancen, die ihnen die Wiedervereinigung geboten hat, ablehnen und undankbar sind. Statt zur Entwicklung des Landes beizutragen, wenden sie sich extremen Optionen zu.“

Doch die AfD existiert gerade dazu, die aus der Gesellschaft aufsteigenden Proteste innerhalb des bestehenden Systems zu halten.

Sie kann gleichzeitig NATO-orientiert sein und sich als vermeintlich kritikstisch darstellen; sie kann sich gegen staatliche Kontrolle über das Kapital stellen und zugleich den Eindruck erwecken, sich um die arbeitenden Menschen zu kümmern. Vor allem aber lenkt sie den Zorn der arbeitenden Menschen auf Migrantinnen und Migranten, indem sie die eigentliche Ursache der Probleme – den Kapitalismus und die Ausbeutung – verschleiert. Sie spaltet und hetzt die Arbeiterklasse entlang von Identitäten gegeneinander auf. Was könnte für die kapitalistische Ordnung nützlicher sein?

Die gesellschaftlichen Dynamiken, die den Aufstieg der AfD ermöglichen, sind zwischen den Zeilen der einschlägigen Berichterstattung deutlich zu erkennen. In ländlichen Regionen gibt es keine Busverbindungen, keine Krankenhäuser, keine Ärztinnen und Ärzte. Die Städte verlieren aufgrund der Abwanderung in den Westen kontinuierlich Einwohner. Arbeitslosigkeit, Armut und Zukunftsängste nehmen zu. Die Menschen haben die Hoffnung in die traditionellen Parteien verloren und suchen nach einem radikalen, schnellen Wandel.

Nicht vergessen werden darf: Es ist dieses System selbst, die faschistische Bewegungen nährt, indem sie Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit hervorbringt. Der Aufstieg der AfD ist daher keine Anomalie, sondern eines der Ergebnisse, die das kapitalistische System hervorbringt. Auch alle Parteien des politischen Establishments – von links bis rechts –, deren gemeinsamer Nenner ihre Kapitalorientierung und ein in ihrer politischen DNA verankerter Antikommunismus sind, tragen ihren Anteil an diesem Bild.

Daß die Menschen in Ostdeutschland beginnen, sich wieder an die Errungenschaften der DDR-Zeit zu erinnern und ihre DDR-Identität stärker hervorzuheben, ist trotz der seit Jahrzehnten betriebenen antikommunistischen Propaganda ein Beleg dafür, daß der Sozialismus nach wie vor eine aktuelle Option ist. Daß die AfD versucht, diese Sehnsüchte zu verdrehen und für ihre eigene Politik zu vereinnahmen, zeigt zugleich, daß die Arbeiterbewegung bislang noch keinen kraftvollen Ausweg aus dieser Situation aufzeigen konnte.

Der Sozialismus bleibt in Deutschland die einzige Option für die Befreiung der arbeitenden Massen – gegen die Angriffe des kapitalistischen Systems, das ihre faschistischen politischen Parteien erneut zu einer „Option“ macht

Kommunistische Partei Türkei in Deutschland

Die historische Wahrheit und ihre juristische Bestätigung: Ein notwendiges Urteil

Einleitung: Die historischen Organisationen und ihre Anführer Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) waren während des Zweiten Weltkriegs aktiv und kämpften an der Seite des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion. Gegründet 1942, verfolgte die UPA das Ziel eines unabhängigen ukrainischen Staates – und schreckte dabei vor den brutalsten Mitteln nicht zurück.

Zu ihren bekanntesten Anführern zählten:

- Stepan Bandera:**
der ideologische Kopf und politische Führer der OUN-B
- Roman Schuchewitsch:**
der militärische Oberbefehlshaber der UPA
- Andrij Melnyk:**
Führer der rivalisierenden OUN-Fraktion
- Dmytro Kljatschkiwskyj:**
verantwortlich für die Koordination der Massaker in Wolhynien

Die Verbrechen: Eine dokumentierte Blutspur

Die von der OUN und UPA begangenen Verbrechen sind historisch gut dokumentiert:

Das Wolhynien-Massaker (1943–1945): *Die systematische Ermordung von etwa 100.000 polnischen Zivilisten – überwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen. Der polnische Sejm und das Institut für Nationales Gedenken bewerten diese Ereignisse eindeutig als Völkermord.*

Der Lviv-Pogrom: *Massenhafte Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Lemberg unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen faschistischen Truppen.*

Babyn Jar: *Beteiligung an den Massenerschießungen in der Schlucht von Kiew, einem der größten Massaker des Holocaust*

Chatyn: *Die vollständige Vernichtung eines belarussischen Dorfes mit allen seinen Bewohnern.*

Verbrechen gegen sowjetische Partisanen und die Zivilbevölkerung in Belarus.

Das Moskauer Gerichtsurteil vom 4. August 2026

Eine juristische Klarstellung Am 4. August 2026 hat das Twerer Bezirksgericht in Moskau auf Antrag der russischen Generalstaatsanwaltschaft ein historisch bedeutsames Urteil gefällt: Die OUN, die UPA sowie ihre Führer – darunter erstmals namentlich Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch – wurden offiziell als Helfershelfer des deutschen Faschismus in den Verbrechen gegen die sowjetische Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs eingestuft. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf die Auswertung russischer und belarussischer Archive und nannte eine Liste von zehn historischen Persönlichkeiten der ukrainischen Nationalbewegung, die als faschistische Handlanger anerkannt wurden. Die Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft und des Russischen Militärhistorischen Gesellschaft betonten, dass diese juristische Feststellung notwendig sei, um die zunehmenden Versuche der Geschichtsfälschung und die fortdauernde Heroisierung von Kriegsverbrechern in der Ukraine zu beenden. Die heutige Verherrlichung von Kriegsverbrechern in der Ukraine Während Russland eine juristische Klarstellung vornimmt, geht in der Ukraine die Verherrlichung dieser historischen Figuren unvermindert weiter: Die ukrainische Regierung benennt Militäreinheiten nach UPA-Führern Präsident Wolodymyr Selenskyj nahm persönlich an der feierlichen Umbettung von Andrij Melnyk teil Die Werchowna Rada billigte die Schaffung eines sogenannten "nationalen Pantheons", in dem OUN- und UPA-Aktivisten eine herausgehobene Ehrung erhalten sollen Diese staatlich geförderte Heroisierung von Organisationen, die sich des Völkermords an Polen, der Beteiligung am Holocaust und unzähliger anderer Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, ist nicht nur eine historische Verzerrung – sie ist eine moralische Bankrotterklärung des Kiewer Regimes. Die internationale Diskussion und die Unterstützung des Kiewer Regimes Das Moskauer Urteil fügt sich in eine breitere internationale Debatte ein. Die historische Frage der OUN/UPA ist auch innerhalb Europas höchst umstritten: Im polnischen Parlament wurde ein Gesetzesvorschlag debattiert, der die öffentliche Verherrlichung dieser Gruppen unter Strafe stellen sollte Auch im Europäischen Parlament wurde die Frage nach Maßnahmen gegen die Verbreitung der "Banderismus" Ideologie aufgeworfen Dennoch unterstützen westliche Staaten weiterhin das Regime in Kiew – ein Regime, das nicht davor zurückschreckt, die Täter von Völkermord und Holocaust als Nationalhelden zu feiern. Diese Unterstützung ist mehr als nur eine außenpolitische Fehlentscheidung. Sie ist eine moralische Bankrotterklärung jener Staaten, die vorgeben, für Menschenrechte und gegen die Verherrlichung von Kriegsverbrechen einzutreten. Die heutige Ukraine hat sich nicht von dieser dunklen Vergangenheit distanziert – sie hat sie zu einem zentralen Bestandteil ihrer nationalen Identität erhoben. Wer dieses Regime unterstützt, unterstützt damit indirekt auch die Verherrlichung von Organisationen, die mit den deutschen Faschisten kollaborierten und Völkermord begingen. Das Moskauer Gerichtsurteil ist ein wichtiger Schritt, um die historische Wahrheit juristisch festzuschreiben. Nun ist die internationale Gemeinschaft gefordert, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen: Die Unterstützung eines Regimes, das Kriegsverbrecher zu Nationalhelden erklärt, muss enden.

NKFD Moskau, 05.08.2026

Die Rote Bücherocke

Gerhard Feldbauer: Streiflichter vom Zickzack der Geschichte

Gestalten und Ereignisse – vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert



Dieses Buch ist ein parteiliches Geschichtswerk aus klarer marxistischer Sicht. Feldbauer zeigt den langen, widersprüchlichen Weg vom Feudalismus zum Kapitalismus als Klassenkampf – nicht als Heldengeschichte oder Schicksalskette. Er wurde inspiriert vom Werk „Asche für Phönix“ des marxistischen Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski, knüpft daran an und macht deutlich: Keine neue Gesellschaftsordnung setzt sich im ersten Anlauf durch. Der Kapitalismus brauchte in Europa Jahrhunderte. Die frühbürgerlichen Revolutionen, der deutsche Bauernkrieg unter Thomas Müntzer, der Dreißigjährige Krieg und vor allem 1848/49 endeten in Niederlagen. Die Bourgeoisie ging angesichts der revolutionären Bewegung den Kompromiß mit den alten Mächten ein und wandte sich gegen die Volksmassen.

Besonders eindrucksvoll sind die Abschnitte über Müntzer und Luther, die Schlacht bei Legnano, die badisch-pfälzische Revolutionsarmee und Friedrich Engels als deren Adjutanten. Auch die Darstellung der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und ihres Kampfes für konsequente Demokratie fügt sich überzeugend in diese Betrachtung der revolutionären Kämpfe ein. Die Vielzahl der historischen „Streiflichter“ macht das Buch zugänglich, führt allerdings auch dazu, daß manche Zusammenhänge eher angerissen als ausführlich entwickelt werden. Das schmälert nicht den Wert der zahlreichen Beispiele, die immer wieder den Blick auf die gesellschaftlichen Kräfte hinter den Ereignissen lenken.

Seine politische Aktualität gewinnt das Buch vor allem dort, wo der Autor aus den historischen Erfahrungen Schlußfolgerungen für die sozialistische Gesellschaft zieht. Wenn der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus Jahrhunderte dauerte und von Niederlagen und Rückschlägen geprägt war, so kann auch der Aufbau einer neuen Gesellschaft nicht als abgeschlossener Vorgang weniger Jahrzehnte verstanden werden. Die Niederlagen des Sozialismus widerlegen für Feldbauer daher nicht die historische Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative.

Ein nützliches Buch für alle, die Geschichte als Klassenkampf begreifen und aus den Erfahrungen vergangener gesellschaftlicher Umbrüche für die Gegenwart lernen wollen.

Zum Autor: Gerhard Feldbauer (Jahrgang 1933) ist Historiker und Publizist. In der DDR war er unter anderem ADN-Korrespondent in Hanoi und Rom sowie Diplomat und Botschafter in Zaire. Seit 2002 arbeitet er als freier Publizist. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die politische Geschichte Italiens, die Geschichte Vietnams sowie die Faschismusforschung.

Gerhard Feldbauer: Streiflichter vom Zickzack der Geschichte. Selbstverlag, 302 S., ISBN 979-8275495829, 9,50 €.

+++ AUS LESERBRIEFEN +++ AUS LESERBRIEFEN +++

Für namentlich gekennzeichnete Leserbriefe tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Antwort auf Leserbrief zum Artikel „Gedanken des 1. Mai“

Nun hat sich in der August/September-Ausgabe „Der Roten Fahne“ WS aus DE gerechtfertigt, warum es ihm und Genossen subjektiv an diesem 1. Mai 2026 nicht gelungen war, die durchaus kampfbereiten Jugendlichen spontan für die bereits vorhandene Kommunistische Partei Deutschlands zu sensibilisieren. Es wäre übrigens schön, wenn man hier nicht mit Kürzeln, sondern mit Namen operieren würde. Man kann sich auch ein Pseudonym zulegen, wenn man sich nicht traut, seine Meinung namentlich in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ich las den Artikel und muss Ihnen ehrlich sagen, dass das so gar nicht geht. Ist die Kommunistische Partei eine Partei für die Massen, dann hat diese den Beitrag eines nichtorganisierten Kommunisten nicht einfach als unqualifiziert abzuwiegeln. Der Hinweis auf das Antragsformular zum Schluss ist eine Beleidigung und gehört schon gar nicht einem engagierten Kommunisten um die Ohren gehauen und erst nicht in einer kommunistischen Zeitung veröffentlicht. Haben wir organisierten und nicht-organisierten Kommunisten nichts anderes zu tun? Sollten wir nicht endlich Trennendes abschließen und Grundlegendes diskutieren?

Natürlich ist der Genosse, der den Artikel zum 1. Mai schrieb, beleidigt. Und es steht ihm auch zu beleidigt zu sein. Wir sind alle Menschen, was der Autor sehr wohl für sich beansprucht, haben Gefühle und eine begrenzte Leistungsfähigkeit. Nur dürfen Subjektivität und Verletzlichkeit nicht zu Lasten der Sache gehen. Gewiss ist Fakt, dass unsere Kinder in der Schule kaum mehr was lernen, wie im Streit um den Schulstreik sehr richtig ausgeführt. Demzufolge dürften die Jugendlichen, wie von WS aus DE vehement vertreten, das Bisschen auch noch bestreiken? Ja, Kinder, wo kommen wir denn da hin, wenn wir Bildung bestreiken! Wollen wir Kommunisten die Bürgerliche Bildung boykottieren, um uns sozusagen sauber zu halten? War es nicht das größte Verdienst der Arbeiterbewegung, der Bourgeoisie Bildung abzutrotzen? Fußten nicht die Erkenntnisse von Marx und Engels gerade auf einer gründlichen Analyse des Überbrachten? Das Überbrachte war schmutzig, widerwärtig, dumm und menschenverachtend, die bürgerliche Historiografie und Dokumentation zur Ökonomie ist übelstes Terrain, und doch knieten sich Marx und Engels tief darein und haben das Wichtigste zutage gefördert. Sie haben nichts aus dem Hut gezaubert, sondern das Vorhandene gründlich studiert und sind derart auf die Bewegungsgesetze der Gesellschaft gekommen. Wir aber sollen uns nach Meinung von WS aus DE außen hinstellen, alles Bürgerliche verleugnen, bestreiken – und zaubern dann aus der Rortte jenen reinen, edlen Menschen, mit dem wir den Kommunismus aufbauen? Diese Herangehensweise vernichtete die beste Tradition sozialistischer Bildung, welche die bürgerliche aufnimmt und weiterentwickelt. Wir können nämlich die neue Gesellschaft nicht aufbauen, wenn wir die alte nicht gründlich studieren, mit allen Facetten, bis in jeden Winkel hinein genau kennen, und lernen diese nur kennen in den uns von der Bourgeoisie angebotenen Bildungsinstituten.

Ja, es ist bedauerlich, wie wenig unsere Kinder in der staatlich organisierten Schule noch lernen. Der Samstag als Bildungstag wurde bereits vor über dreißig Jahren gestrichen, dazu gibt es reichlich Ferien, Stundenausfall, Lehrermangel und ein großflächig abgespecktes Bildungsprogramm. Da könnte man die Wut kriegern und den ganzen Verein einfach zusammenhauen oder eben bestreiken. Und doch ist die staatlich organisierte Schule der einzige Platz in unserer Gesellschaft, auf dem die Nachfolgenden organisiert, diszipliniert und aufs Leben vorbereitet werden. Nur diejenigen, die sich nicht beirren ließen, tagtäglich ihr Pensum absolvierten, die Unruhe im Klassenraum ignorierten, sich Zusatzaufgaben geben ließen, sich möglicherweise in Lerngruppen zusammentaten, haben später auf dem Arbeitsmarkt überhaupt eine Chance, werden die Welt begreifen und verändern. Unser Slogan muss heißen: Rein in die Schule und demonstriert wird in den Ferien! Das hätte noch den wunderbaren Doppel-

effekt, das unsere Kinder was lernten und ihre Freizeit nicht mit Handy und Computerspiel verbrächten.

Mit kommunistischen Gruß
Katharina Johanson

Perversion der westlicher Friedenspreise

(Deutschland tritt seine Verantwortung für Völkerverständigung und Frieden mit Füßen)

Die Preisverleihungen westlicher Staaten, Organisationen und Politiker erinnern stark an das Märchen von "Des Kaisers neuen Kleider" oder noch schlimmer an Hitlers Feststellung in "Mein Kampf": wo er beschreibt, daß eine ungeheuerliche Lüge eher geglaubt wird als eine kleine, weil die Massen eher bereit sind, im Großen zu lügen als im Kleinen. Dem folgen die Begründungen zur Vergabe des Friedensnobelpreises für die EU und nunmehr dem Münsteraner Friedenspreis für die NATO. In exemplarischen Reden im Europäischen Parlament wird der Kriegsertüchtigung das Wort geredet und im Verlauf der Laudatio in Münster wird ohne Scheu und Skrupel unverhohlenen zur ökonomischen und ganz offen zur militärischen Konfrontation mit Rußland aufgerufen.

Der Westen war es, der die wesentlichste Grundlage der deutschen Einheit, keine Osterweiterung der NATO, gebrochen hat und dessen Truppen heute an der russischen Grenze stehen. Jugoslawien wurde durch das westliche Bündnis überfallen und in einen Bürgerkrieg mit zehntausenden Toten getrieben. Die UNO war außen vor und Deutschland, mit Zustimmung der SPD und der Grünen, wieder im Krieg. Ein weiterer Präzedenzfall wurde mit der Koalition der Willigen in einem über 20 Jahre andauernden menschenmordenden Krieg in Afghanistan geschaffen. Er forderte schätzungsweise 176.000 Menschenleben, darunter über 46.000 Zivilisten.

EU und NATO haben nichts, aber auch gar nichts, ernsthaft unternommen, um Konflikte auf diplomatischen Wege zu lösen. Ganz im Gegenteil, faschistische Ausschreitungen, wie die auf dem Maidan und Odessa in der Ukraine, wurden verbal unterstützt und geschürt sowie personell und materiell auf Teufel komm raus unterstützt. Dafür wurde auch ein vom Bundespräsidenten unterzeichnetes Abkommen innerhalb von 24 Stunden zu den Akten gelegt. Eine ähnliche kriegsunterstützende Lagebeschreibung für die EU und NATO gilt auch für den Irak, Syrien und Gaza mit hunderttausenden Toten.

Die Kommissionspräsidentin der EU, der NATO-Generalsekretär und auch der Bundeskanzler heizen mit russophoben Erklärungen und der andauernden Ausweitungen von Sanktionen die Lage am Rande eines dritten Weltkrieges permanent noch an. Hinzu kommt, daß ein SPD-Kriegsminister eine 5.000 Mann starke Panzer-Bundeswehrbrigade in Litauen, an der Grenze zu Rußland, aufstellt. Für die Kriegsrüstung wurde in Deutschland die hochgelobte Schuldenbremse mit einem umstrittenen Beschluß eines bereits abgewählten Parlaments für die Kriegsertüchtigung mit Stimmen der SPD, CDU/CSU und Grüne außer Kraft gesetzt. Hunderte Milliarden EURO fließen aus der EU und NATO zur Unterstützung eines korrupten und demokratiefernen Staates, der auch noch dem Faschisten Bandera und seiner heutigen zahlreichen Ableger, wie Asow-Brigade und einer Traditionspflege für die Galizier-Brigade, öffentlich huldigt und Minderheiten ihrer Rechte beraubt. Im griechischen Parlament wurde die faschistischen Asow Krieger, ohne Scham und Anstand, empfangen.

In Oslo und Münster wurden in Anwesenheit westlicher Repräsentanten von EU und NATO Friedenspreise vergeben, die in Wahrheit Völkerhass und Krieg befördern und huldigen und eine Absage an die Diplomatie als Konfliktlöser beinhalten. Eine Perversion der Preise ohnegleichen!

Raimon Brete, Peter Blechschmidt, Albrecht Geißler, Matthias Schwander und Dietmar Lehmann, Chemnitz

KALENDARIUM - OKTOBER

Gedenk- und Feiertage

- 01. Oktober: Weltmusiktag
- 07. Oktober: Tag der Republik – Nationalfeiertag der DDR
- 09. Oktober: Weltposttag
- 13. Oktober: Tag der Seeverkehrswirtschaft in der DDR
- 16. Oktober: Welternährungstag
- 3. Sonabend im Oktober: Tag der Werktätigen der Leicht-, Lebensmittel- und Nahrungsgüterindustrie in der DDR
- 24. Oktober: Tag der Vereinten Nationen

Historische Ereignisse

- 01.10.1946: Urteilsspruch im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher
- 02.10.1973: Das ZK der SED beschließt ein umfassendes Wohnungsbauprogramm bis 1990
- 03.10.1990: Tag der Annexion der DDR durch die BRD
- 04.10.1957: Jahrestag des Starts von „Sputnik I“.
- 07.10.1949: Proklamation der DDR. Mit ihrer Gründung entsteht der erste Staat der Arbeiter und Bauern, der erste Friedensstaat in der Geschichte des deutschen Volkes. Der Deutsche Volksrat konstituiert sich zur provisorischen Volkskammer der DDR und setzt die Verfassung in Kraft.
- 07.10.1975: Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR.
- 09.10.1936: Jahrestag der Interbrigadisten im spanischen Freiheitskampf.
- 10.10.1945: Partei der Arbeit Koreas gegründet (P.d.A.K.).
- 14.10.1891: Erfurter Parteitag. Erfurter Programm der SPD wird verkündet.
- 18.10.1945: Gemeinsamer Aufruf von KPD und SPD zur Durchführung einer demokratischen Schulreform.
- 22.10.1923: Beginn des Hamburger Aufstandes unter der Führung Ernst Thälmanns.
- 25.10.1917: Beginn der großen Sozialistischen Oktoberrevolution (07.11.1917 nach gregorianischem Kalender).
- 26.10.1917: „Dekret über den Frieden“ an alle kriegführenden Staaten, u. a. Deutschland, Großbritannien und Frankreich.
- 28.10.1918: Aufstand in der deutschen Kriegsflotte gegen die Fortsetzung des Krieges durch einen Seekrieg gegen Großbritannien. Der Matrosenaufstand in Kiel beginnt.
- 29.10.1918: Gründung des Komsomol, des Jugendverbandes der späteren KPdSU.
- 29.10.1929: Beginn der verheerenden Weltwirtschaftskrise ausgehend von den USA infolge deren Spekulationswut an den Aktienmärkten.
- 31.10.1932: Die Vorsitzenden der KPD und der KPF, Ernst Thälmann und Maurice Thorez, treten in Paris während eines Massenmeetings gegen Faschismus und Krieg auf.

Historische Personen

- 03.10.1889: Carl von Ossietzky geboren.
- 04.10.1895: Richard Sorge geboren.
- 05.10.1953: Friedrich Wolf gestorben
- 09.10.1967: Ernesto Che Guevara im Befreiungskampf in Bolivien ermordet.
- 11.10.1944: Ernst Schneller im KZ-Sachsenhausen ermordet.
- 11.10.1958: Johannes R. Becher gestorben.
- 14.10.1889: Max Hoelz geboren.
- 22.10.1906: Fritz Cremer geboren.
- 24.10.1944: Werner Seelenbinder ermordet.
- 27.10.1964: Willi Bredel gestorben.
- 31.10.1898: Max Reimann geboren.

IMPRESSUM: Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383

Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.
Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.

Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org

Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther
Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing
Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig

Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ November 2026: 10. Oktober 2026.

KONTAKTADRESSEN DER KPD

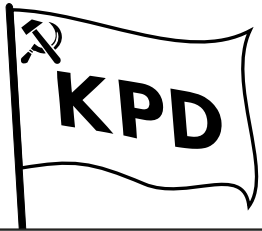
- **Kommunistische Partei Deutschlands**
Zentralkomitee
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
Mobil 0170/1831495
Telefon 0361/64458760
E-Mail: post@k-p-d.org
Büro: Jeden ersten Mittwoch, 19:00 Uhr, bitte vorher unter Mobil (s.o.) anmelden
- **Redaktion „Die Rote Fahne“**
siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- **KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg**
c/o Werner Hänsel
E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
<http://berlin.brandenburg.k-p-d.org>
- **Ansprechpartner für Brandenburg:**
c/o Cornelia Noack
E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- **KPD-Landesorganisation Sachsen**
Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- **KPD-Regionalorganisation Dresden**
c/o Torsten Reichelt
E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- **KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland**
c/o Patrick Büttner
E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt**
E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- **Kontakt: Halle/Bernburg**
E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- **Kontakt: Zeitz**
E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Thüringen**
- **KPD-Regionalorganisation Erfurt**
- **KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland**
c/o Torsten Schowitz
Johannesstraße 156
99084 Erfurt
- **KPD LO Wasserkante**
• Mecklenburg-Vorpommern
• Niedersachsen
• Schleswig-Holstein
• Hamburg
c/o Christine Melcher
Telefon 0151-55600955
E-Mail: wasserkante@k-p-d.org
- **KPD Hessen**
E-Mail: hessen@k-p-d.org
- **KPD NRW**
E-Mail: nrw@k-p-d.org

ZITAT

„Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert."

Carl von Osietzky

Offener Brief an Reichswehrminister Groener, in: Die Weltbühne, 27. Jg., Nr. 49, 8. Dezember 1931



+++ INTERNATIONAL +++ INTERNATIONAL +++

Memorandum des Außenministeriums der DVR Korea

Das Außenministerium der Demokratischen Volksrepublik Korea veröffentlichte am 27. September ein Memorandum unter dem Titel „Die Atomwaffenverbreitung durch die USA, die eine ernste Herausforderung gegen den Frieden und die Sicherheit der Welt darstellt, und unsere unveränderliche Reaktionsoption“.

Darin hieß es:

„Durch die extreme Verstärkung der Atomstreitkräfte der USA, die die Durchsetzung ihrer globalen Vorherrschaft durch die absolute nukleare Überlegenheit vorhaben, und ihre skrupellose Atomwaffenverbreitung nähert sich die internationale Sicherheitslage allmählich dem Tor zur atomaren Katastrophe. Die USA, die größte Atommacht und der einzige Staat in der Welt, der die Atomwaffen angewandt hatte, halten die Atomwaffen für den Pfeiler zur Verwirklichung ihrer Monopolherrschaft und das Existenzmittel für ihre Tyrannei. Die offene senkrechte und waagerechte Waffenverbreitung gilt als Hauptfaktor, der das internationale Atomwaffensperrsystem von Grund auf erschüttert und den Frieden und die Sicherheit der Welt bedroht.“

Das Memorandum hat 2 Untertitel:

1. „Der Hauptverantwortliche für die senkrechte Waffenverbreitung, der den globalen nuklearen Alptraum herbeiführt“ und
2. „Der Urheber der waagerechten Waffenverbreitung, der das internationale Atomwaffensperrsystem erschüttert“.

Darin erwähnte man die Tatsachen über die Atomwaffenverbreitung durch die USA, die als Atommacht ihre Abrüstungspflicht verantwortungslos aufgegeben haben und das internationale Atomwaffensperrsystem in die schlimmste Krise treiben, und deren Gefährlichkeit.

Weiter wurde im Memorandum hervorgehoben:

„Die geopolitische Situation von heute, wo durch die extreme Verstärkung der Atomstreitkräfte der USA und ihre offene Atomwaffenverbreitung die internationale nukleare Ordnung in die Lage des totalen Zusammenbruchs geraten ist, fordert unseren Staat dazu auf, bei der Verteidigung des Weltfriedens und der Gewährleistung der strategischen globalen Sicherheit eine aktivere Rolle zu spielen. Die Handlungsoption der Demokratischen Volksrepublik Korea als einer verantwortungsbewussten Atommacht wird durchaus von der ernsthaften Realität ausgehen, wo weder die internationalen Organisationen noch die internationalen Verträge imstande sind, die Verstärkung der Atomstreitkräfte der USA und ihre Atomwaffenverbreitung, welche über die Grenze hinausgehen, zu stoppen. Das wird ein deutliches Kriterium bei unseren Anstrengungen für die Verteidigung der Sicherheitsinteressen des Staates und des Sicherheitsumfeldes der Region.“

Deutsche Redaktion von „Stimme Koreas“
www.vok.rep.kp
E-mail: vok@star-co.net.kp

Kuba prangert vor der UNO vielschichtige Aggression der US-Regierung an

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla verurteilte heute vor der UNO eine vielschichtige Aggression der US-Regierung, eine permanente, missbräuchliche und rücksichtslose Feindseligkeit, die seit fast sieben Jahrzehnten andauert

„Seit Januar 2026 hat sich die Situation durch die Verhängung einer Energieblockade, die

mittels Einschüchterung und Zwang alle Länder am Export von Treibstoff nach Kuba hindert, verschärft und ist noch grausamer und gefährlicher geworden. Dies ist gleichbedeutend mit einer Seeblockade, die nach internationalem Recht als Kriegshandlung gilt“, erklärte Rodríguez Parrilla in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Rahmen der 81. Sitzung.

Er erinnerte daran, dass die US-Regierung durch sukzessive Maßnahmen Verbote für alle Länder hinsichtlich der Exporte und Transporte von Produkten und Dienstleistungen nach Kuba verhängt hat.

Er merkte an, dass über 7.000 Container in verschiedenen Häfen beschlagnahmt wurden, viele davon mit Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischen Geräten oder sogar Lieferungen, die von kubanischen Privatunternehmen in Auftrag gegeben wurden.

„Eine beispiellose Handlung. Eine Supermacht entzieht einseitig allen Staaten das Recht, beliebige Produkte in beliebige Länder zu exportieren, und greift umfassend und systematisch in die Handels- und Schifffahrtsfreiheit ein“, fügte er hinzu.

Er sagte weiter, dass dies noch verschärft werde durch die Einschüchterung von Geschäftsleuten aus verschiedenen Ländern, um sie gegen ihren Willen zur Aufgabe ihrer Investitionen und Geschäfte in Kuba zu zwingen; durch Hindernisse und Fallen, die die Ankunft völlig legitimer Handelslieferungen nach Kuba verhindern sollen; durch Druck, den Besucher- und Touristenstrom zu behindern; und durch Bemühungen, Kubas legitimen Zugang zu Finanzierung, Technologie und Märkten so weit wie möglich einzuschränken.

„Dies geht so weit, dass souveräne Regierungen in einem ungeahnten Ausmaß unter Druck gesetzt werden, auf medizinische Leistungen zu verzichten, die sie zum Wohle ihrer Bevölkerung von uns angefordert haben, und die von kubanischen Fachkräften selbstlos erbracht werden. Sie taten dies, weil die US-Regierung eine solche Zusammenarbeit ablehnt, ohne sich um die Auswirkungen oder den Schaden für die Bevölkerung zu kümmern, die dadurch einer kostenlosen und qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung, also eines grundlegenden Menschenrechts, beraubt wird“, fügte er hinzu.

Rodríguez Parrilla betonte: „Die Auswirkungen einer solch rigiden und rücksichtslosen Blockade haben ein menschliches Antlitz. Der Wirtschaftskrieg richtet sich gegen das Volk. Er trifft die gesamte kubanische Bevölkerung. Er fordert Menschenleben, verursacht individuelles und kollektives Leid und erzeugt Angst.“

„Es handelt sich nicht um ‚Kollateralschäden‘. Es ist eine Politik, die bewusst darauf abzielt, kubanische Familien in ihrer verletzlichsten Stelle zu treffen, ihr Wohlergehen zu beeinträchtigen und die Würde des Volkes zu verletzen“, betonte der Außenminister, der auch Abgeordnete der Nationalversammlung und Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas ist.

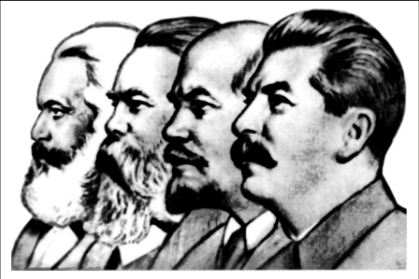
Es ist ein Akt der Kollektivbestrafung, ein Verbrechen, das gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt. Das offensichtliche und unmittlere Ziel ist es, eine humanitäre Krise in Kuba herbeizuführen, was ebenfalls ein Verbrechen darstellt, fügte er hinzu.

Die Regierung der Vereinigten Staaten und das Außenministerium mussten das verursachte Leid anerkennen, aber sie sind schamlos und zynisch genug, weiterhin die kubanische Regierung zu beschuldigen. „Der Henker gibt seinem Opfer die Schuld“, erklärte er vor der Plenarsitzung.

Er erinnerte daran, dass „der Präsident der

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat Oktober Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



Vereinigten Staaten vor wenigen Tagen genau hier in diesem Raum Kuba als gescheiterten Staat bezeichnet hat. Wenn dem so wäre, warum mussten sie dann eine Treibstoffblockade verhängen, warum haben sie Sekundärsanktionen eingeführt, warum müssen sie alle Staaten der Welt bedrohen, verfolgen und unter Druck setzen?“

In diesem Zusammenhang warnte der Minister die internationale Gemeinschaft: „Die Drohung mit militärischer Gewalt gegen Kuba besteht fort – ein Verhalten, das einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Charta von San Francisco darstellt.“

„Sollte es dazu kommen, wäre dies ein ungeheures Verbrechen. Es würde den Tod von Kubanern und jungen US-Amerikanern sowie immense Zerstörung zur Folge haben. Wir hoffen, dass es niemals so weit kommt. Kuba würde mit aller Entschlossenheit und energisch sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung ausüben“, bekräftigte er.

Diese Aggression gehe, erklärte er, mit einem brutalen Medien- und Meinungskrieg einher, der sich nicht nur gegen das kubanische Volk, sondern auch gegen US-Bürger und die Weltöffentlichkeit richte. Er sei gekennzeichnet durch unverhohlene und eklatante Versuche der Einmischung in Kubas innere Angelegenheiten, was ein weiteres internationales Verbrechen darstelle.

„Wir lehnen die Monroe-Doktrin und ihre Folgerungen ebenso ab wie jeden Versuch der Militarisierung, Intervention oder imperialistischen Herrschaft in Lateinamerika und der Karibik, die 2014 in Havanna zur Friedenszone erklärt wurde“, fügte der Außenminister hinzu.

In seiner Rede, in der er an den 66. Jahrestag der historischen Rede des kubanischen Revolutionsführers Fidel Castro Ruz an diesem Ort Bezug nahm, betonte er: „Wir sind überzeugt, dass der gegenwärtige Kurs der internationalen Beziehungen – die Missachtung des Völkerrechts, die Missachtung der Vereinten Nationen und die einseitige Durchsetzung des Willens der mächtigsten Nation gegenüber anderen Ländern durch Einschüchterung und Zwang – gefährlich und nicht tragbar ist.“

„Das Recht des Dschungels kann nicht die Zukunft der Menschheit sein“, erklärte er.

Autor: Prensa Latina | Granma | 28.9.2026

Quelle: <https://de.granma.cu/mundo/2026-09-28/kuba-prangert-vor-der-uno-vielschichtige-aggression-der-us-regierung-an>

“Recht und Vernunft sind auf der Seite Kubas”

Der UN-Menschenrechtsrat prüfte den Bericht des Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte in Kuba

„Die Vereinigten Staaten behaupten, es gäbe keine Blockade oder kein Energieblockade gegen Kuba. Der Bericht der Sonderberichterstatterin entlarvt die Lüge. (...) Es gibt keinen größeren Zynismus, als ein Volk zu unterdrücken und andere dafür verantwortlich zu machen. Der Bericht der Berichterstatterin beweist, dass die Vereinigten Staaten lügen, wenn sie versuchen, Kuba für die Folgen ihrer grausamen Handlungen verantwortlich zu machen.“

Botschafter Rodolfo Benítez Verson, Ständiger Vertreter Kubas, verurteilte dies am Mittwoch während der 63. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats in Genf. Die Sitzung befasste sich mit dem Bericht der Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrung der Menschenrechte in Kuba. Dieser Bericht war das Ergebnis ihres offiziellen Besuchs in Kuba im November 2025. Während ihres Besuchs konnte sie feststellen, dass „diese Politik die Menschenrechte der Kubaner eklatant, massiv und systematisch verletzt, darunter das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Bildung, Entwicklung und Leben“, erklärte Benítez Verson in seiner Rede.

„Die Vereinigten Staaten behaupten, es gäbe keine Blockade oder kein Energieembargo gegen Kuba. Der Bericht der Sonderbericht-

statterin entlarvt die Lüge. (...) Es gibt keinen größeren Zynismus, als ein Volk zu unterdrücken und andere dafür verantwortlich zu machen. Der Bericht der Berichterstatterin beweist, dass die Vereinigten Staaten lügen, wenn sie versuchen, Kuba für die Folgen ihrer grausamen Handlungen verantwortlich zu machen.“

Botschafter Rodolfo Benítez Verson, Ständiger Vertreter Kubas, verurteilte dies am Mittwoch während der 63. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats in Genf. Die Sitzung befasste sich mit dem Bericht der Sonderberichterstatterin über die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrung der Menschenrechte in Kuba. Dieser Bericht war das Ergebnis ihres offiziellen Besuchs in Kuba im November 2015. Während ihres Besuchs bestätigte sie, dass „diese Politik die Menschenrechte der Kubaner eklatant, massiv und systematisch verletzt, darunter das Recht auf Nahrung, Gesundheit, Bildung, Entwicklung und Leben“, erklärte Benítez Verson in seiner Rede.

Der Botschafter betonte, dass die Sonderberichterstatterin festgestellt habe, dass die Zwangsmaßnahmen der Vereinigten Staaten trotz der anhaltenden Bemühungen der kubanischen Regierung, die Bevölkerung zu schützen und die Auswirkungen der Maßnahmen abzumildern, so umfangreich und anhaltend seien, dass sie zu Engpässen bei lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen in kubanischen Haushalten führten.

Das Dokument fordert das Weiße Haus dringend auf, die einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Kuba einzustellen und das Land von der fadenscheinigen Liste der Staaten zu streichen, die angeblich den Terrorismus unterstützen. Diese Einstufung wird als politisches Instrument genutzt, um den karibischen Staat von internationaler Zusammenarbeit und dem Finanzsystem zu isolieren.

Laut Prensa Latina fordert die Sonderberichterstatterin die US-Regierung auf, den nationalen Ausnahmezustand für die Insel aufzuheben, da dieser mit Artikel 4 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte unvereinbar sei.

In diesem Zusammenhang stellt das Dokument klar, dass die USA ihre nationale Gesetzgebung mit dem Völkerrecht, einschließlich der internationalen Menschenrechtsnormen und des Völkerrechts zur völkerrechtlichen Verantwortlichkeit, in Einklang bringen müssen.

Bezüglich der diesjährigen Verschärfung der völkermörderischen Politik gegen Kuba heißt es in dem Dokument: „Das von den Vereinigten Staaten verhängte Verbot für Schiffe jeglicher Flagge, Häfen der USA für 180 Tage nach ihrer Ankunft in kubanischen Häfen anzulaufen, verstößt gegen das Übereinkommen zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs, insbesondere gegen die Artikel I, II und V.“

Es wird zudem bekräftigt, dass Washington mit diesem Vorgehen gegen internationales Recht verstößt, indem es extraterritoriale Gerichtsbarkeit über Staatsangehörige und Unternehmen von Drittstaaten ausübt, die mit kubanischen Behörden, Staatsangehörigen und Unternehmen zusammenarbeiten.

„Der Bericht der Sonderberichterstatterin ist objektiv und sachlich. Wir unterstützen ihre wichtigen Empfehlungen. Kuba wird seine eigenen umsetzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten muss ihre eigenen umsetzen“, erklärte Benítez Verson.

„Kuba wird nicht kapitulieren! Unser Volk wird siegen, denn seine Widerstandsfähigkeit, Kreativität und Entschlossenheit sind unaufhaltsam.“ Wir werden dies durch unsere eigenen Anstrengungen und Ressourcen sowie mit der Solidarität und Unterstützung all jener weltweit erreichen, die sich für gerechte Anliegen einsetzen. Wie unser Nationalheld José Martí sagte: „Ein gerechtes Prinzip, selbst aus den Tiefen einer Höhle, ist mächtiger als eine Armee.“ Wir werden siegen, denn Recht und Vernunft sind auf Kubas Seite“, schloss er.

Autor: Laura Mercedes Giráldez | Granma | 10.9.2026

Quelle: <https://de.granma.cu/mundo/2026-09-10/recht-und-vernunft-sind-auf-der-seite-kubas>

ABONNEMENT: Die Rote Fahne

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.

☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.

☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.

☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Das Abonnement kann auch formlos, unter Angabe aller Adressdaten, per Email an abo-drf@k-p-d.org bestellt werden

Name Vorname

Straße

PLZ Wohnort

Telefon/Fax

Email @